



Wochenpiegel

Evangelischer
Pressedienst

DEUTSCHLANDAUSGABE

Frankfurt am Main | 22. August 2011 | **NR. 34**

Kirchen

Öffentliche Entschuldigung bei Heimkindern

In einer öffentlichen Veranstaltung wollen sich die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) und ihr Diakonisches Werk bei ehemaligen Heimkindern für Misshandlungen entschuldigen.

Seite_2

Theologe will Papst als Ehrenoberhaupt aller Christen

Wenige Wochen vor dem Deutschlandbesuch von Benedikt XVI. hat der evangelische Theologe Reinhard Frieling gefordert, den Papst zum Ehrenoberhaupt aller Christen zu ernennen.

Seite_2

Sühnezeichen-Mitbegründer von Hammerstein gestorben

Franz von Hammerstein, Mitbegründer und langjähriger Generalsekretär der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, ist im Alter von 90 Jahren gestorben.

Seite_8

Gesellschaft

Mehr Bewegungsfreiheit für Flüchtlinge

Als einziges EU-Land schränkt Deutschland die Bewegungsfreiheit von Flüchtlingen mit einer sogenannten Residenzpflicht deutlich ein. Nun lockern immer mehr Bundesländer die restriktiven Regelungen.

Seite_9

Soziales

Arbeitgeber wollen Pflegekräfte aus Indien holen

Die Arbeitgeber in der Pflege wollen Fachkräfte aus Indien und China nach Deutschland holen. Angesichts des hohen Bedarfs in den kommenden Jahren werde es nicht genug Pflegekräfte aus dem Inland und den EU-Ländern geben, hieß es zur Begründung.

Seite_11

Kultur

Gegen eine Propaganda-Schau Pekings

Das für 2012 geplante China-Kulturjahr in Deutschland darf nach Auffassung von Menschenrechtlern nicht zu einer Propagandaschau der chinesischen Führung werden.

Seite_16

Entwicklung

Hungerkrise auch wegen hoher Lebensmittelpreise

Die hohen Lebensmittelpreise sind nach Einschätzung der Weltbank mitverantwortlich für die Hungerkrise in Ostafrika.

Seite_21

Ausland

Papst fordert Jugendliche zur Gemeinschaft im Glauben auf

Zum Abschluss des Weltjugendtags in Madrid hat Papst Benedikt XVI. die jungen Gläubigen zur Gemeinschaft in der Kirche aufgerufen. Der Glaube an Jesus Christus sei nur in der Gemeinschaft möglich, sagte das 84-jährige Oberhaupt der katholischen Kirche.

Seite_29

Impressum

Seite_31

Öffentliche Entschuldigung bei Heimkindern

Evangelische Kirche und Diakonie laden Opfer nach Berlin ein

Berlin (epd). In einer öffentlichen Veranstaltung wollen sich die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) und ihr Diakonisches Werk bei ehemaligen Heimkindern für Misshandlungen entschuldigen. Für die gesamte evangelische Kirche und die diakonischen Einrichtungen »möchten wir diese Bitte um Verzeihung nun öffentlich aussprechen«, heißt es in einem am Freitag in Berlin veröffentlichten Einladungsschreiben des EKD-Ratsvorsitzenden Nikolaus Schneider und des Diakonie-Präsidenten Johannes Stockmeier an Betroffene.

Am 11. September sollen in der Berliner Französischen Friedrichstadtkirche die Leiden der Opfer gewürdigt werden. Ein Gottesdienst ist allerdings nicht geplant. Bei der Veranstaltung sollen auch ehemalige Heimkinder zu Wort kommen. Daneben werden Vertreter der diakonischen Einrichtungen eingeladen, in denen es zu Misshandlungen gekommen war.

Rund 800.000 Kinder und Jugendliche lebten zwischen 1949 und Mitte der 70er Jahre in bundesdeutschen Heimen, etwa 500.000 von ihnen in kirchlichen

Einrichtungen. Viele von ihnen wurden misshandelt und zu harter Arbeit gezwungen.

Der Bundestag beschloss Anfang Juli dieses Jahres finanzielle Hilfen für die Opfer und folgte damit der Empfehlung eines Runden Tisches. Mit den Zahlungen aus dem Fonds, der zu je einem Drittel vom Bund, den Ländern und den Kirchen finanziert wird, soll zu Anfang des kommenden Jahres begonnen werden. 100 Millionen Euro sind für direkte Hilfen vorgesehen, 20 Millionen Euro für Rentennachzahlungen.

Die Diakonie habe frühzeitig deutlich gemacht, dass sie sich ihrer Verantwortung stelle, sagte Sprecherin Ute Burbach-Tasso dem epd. So beteilige sich das Diakonische Werk an dem Hilfsfonds und unterstütze betroffene Menschen bei der Aufarbeitung des erlittenen Leids vor Ort. Neben der materiellen Hilfe sei es Diakonie und EKD auch immer um die Bitte um Entschuldigung gegangen.

Die katholische Kirche und der Caritas-Verband planen keine eigene Veranstaltung, um sich bei den Opfern zu entschuldigen. Aus der Caritas hieß es, im Fokus stehe jetzt die Entschädigung, die umgesetzt werden müsse.

Theologe will Papst als Ehrenoberhaupt aller Christen

Reinhard Frieling fordert Kompromisse bei Katholiken und Protestanten

Bonn (epd). Wenige Wochen vor dem Deutschlandbesuch von Benedikt XVI. hat der evangelische Theologe Reinhard Frieling gefordert, den Papst zum Ehrenoberhaupt aller Christen zu ernennen. »Der Traum von der Gemeinschaft aller Christen kann Wirklichkeit werden, wenn Protestanten dem Papst die Rolle eines Ehrenoberhauptes der Christenheit antragen«, schreibt der ehemalige Leiter des Konfessionskundlichen Instituts in Bensheim in einem Beitrag für die Zeit-Beilage »Christ und Welt«.

»Sprecher aller Christen«

Der Papst sollte eine charismatische Führungsrolle einnehmen, forderte der emeritierte Marburger Professor. In außergewöhnlichen Situationen könne der Papst dann »im Namen der ganzen Christenheit« sprechen. Mit einem gemeinsamen Ehrenoberhaupt würde das Christentum seine Botschaft glaubwürdiger vertreten »als eine in Tausende Kirchen gespaltete Religion«. Das Reforma-

tionsjubiläum im Jahr 2017, bei dem an den Beginn der Reformation vor 500 Jahren erinnert wird, sei der richtige Anlass, um diese Vision zu verwirklichen.

Wegen seines ökumenischen Engagements sei der Papst schon jetzt ein »Sprecher aller Christen«. Für die Umsetzung dieses Vorschlages forderte Frieling von der katholischen Kirche Kompromisse: »Zugunsten einer neuen Führungsrolle müsste der Papst häufig auf eine hierarchische Durchsetzung seines gesetzgeberischen Anspruchs verzichten«. Zudem müssten die reformatorischen Kirchen ihre »Selbstgenügsamkeit« aufgeben und »mutig ökumenische Konsequenzen« ziehen.

Einen ähnlichen Vorschlag, der auf eine Kritik in Kirchen und Öffentlichkeit stieß, hatte bereits vor zehn Jahren der bayerische Landesbischof Johannes Friedrich gemacht. Als Catholica-Beauftragter der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands hatte Friedrich damals gesagt, er könne sich grundsätzlich einen ökumenisch akzeptierten »Sprecher« der Weltchris-

tenheit im Dienste der Einheit zwischen den Kirchen vorstellen.

Der Papst besucht vom 22. bis 25. September Deutschland. Stationen seiner Reise sind unter anderem Berlin und Freiburg. Neben päpstlichen Messen sind

eine Rede vor dem Deutschen Bundestag sowie eine Begegnung mit Vertretern der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) im Erfurter Augustinerkloster geplant.

KIRCHEN

Bischöfin Junkermann erwartet Fortschritte in der Ökumene Klärungen im Verhältnis zur evangelischen Kirche vom Papstbesuch erhofft

Magdeburg (epd). Ilse Junkermann, die Bischöfin der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland, erwartet vom bevorstehenden Papstbesuch Fortschritte in der Ökumene. »Ich hoffe sehr, dass der Papst eine klare Ermutigung ausspricht, Ehepaare in sogenannter konfessionsverbindender Ehe zum Abendmahl und zur Eucharistie zuzulassen«, sagte die Bischöfin dem Evangelischen Pressedienst (epd). Dies sei kirchenrechtlich möglich. Es werde aber nur sehr eingeschränkt praktiziert.

Die Theologin erhofft sich von der Deutschland-Reise Benedikts XVI. im September auch Klärungen im Verhältnis zur evangelischen Kirche. Sie würde sich freuen, wenn es dem Vatikan gelänge, die reformatorischen Kirchen auch als Kirchen anzusehen »und sich nicht nur als kirchliche Gemeinschaften zu bezeichnen, wie dies seit dem Jahr 2000 leider formuliert wird«.

Bei der ökumenischen Begegnung mit Vertretern der Evangelischen Kirche in Deutschland im Erfurter Augustinerkloster will Junkermann als Gastgeberin darauf hinweisen, dass sich der Papst mit Protestanten an einem Ort trifft, »an dem Luther noch katholisch war«. Das evangelisch gewordene Kloster erinnere »an eine gemeinsame Geschichte mit unterschiedlichen Zweigen«. Der Papstbesuch sei ein Anlass, »über die Aufarbeitung der gemeinsamen Geschichte und über das, was dieses Erbe heute bedeutet, nachzudenken«.

Die Bischöfin, die rund 850.000 Protestanten in Thüringen und Sachsen-Anhalt vertritt, verwies darauf, dass der Papst in Mitteldeutschland in eine Region mit einem sehr hohen Anteil von Atheisten komme. »Er trifft auf eine für ihn untypische Situation«, sagte Junkermann. »In dieser Region kommt es nicht nur darauf an, zwischen den Konfessionen ins Gespräch zu kommen, sondern auch mit den Nichtchristen.«



Ilse Junkermann, Bischöfin der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland

epd-bild / Viktoria Kühne

Die Bischöfin äußerte Verständnis dafür, dass im politischen Raum die Kosten des Deutschland-Besuches von Papst Benedikt XVI. infrage gestellt werden: »Die Diskussion ist verständlich, aber sie müsste in Bezug auf jeden Staatsbesuch gestellt werden.« Das Oberhaupt der katholischen Kirche ist zugleich Staatschef des Vatikans und wird auch im Bundestag sprechen. Von Berlin aus reist er nach Thüringen und Baden-Württemberg.

Zurückhaltend äußerte sich Junkermann zu der Idee, den Papst als »Ehrenoberhaupt der gesamten Christenheit« auch von protestantischer Seite aus anzuerkennen. Einen entsprechenden Vorschlag hatte der evangelische Theologe Reinhard Frieling in der »Zeit«-Beilage »Christ und Welt« gemacht. Frieling war Leiter des Konfessionskundlichen Instituts der EKD. Auch der bayerische Bischof Johannes Friedrich hatte vor einigen Jahren einen ähnlichen Vorstoß unternommen, war dabei aber auf starke Kritik gestoßen.

epd-Gespräch: Thomas Schiller und Karsten Wiedener

Wahlen

Berliner Bischof kritisiert Werbung der Rechtspopulisten

Berlin (epd). Der Berliner Bischof Markus Dröge hat die Wahlwerbung von NPD und anderen Rechtspopulisten in der Bundeshauptstadt scharf verurteilt. Die darin geschürte Angst vor Fremden fördere ein Klima der Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft, sagte Dröge am Samstag im RBB-Radio. Gefördert würden Aggressionen, nicht die Lösung von Problemen.

Wer den Kampf der Kulturen und der Religionen in seinen Reden schüre, säe Gewalt, kritisierte der Bischof weiter. Rassismus und Rechtsextremismus leugne die Gleichwertigkeit aller Menschen. Außer Angstmache vor Fremden und Ablehnung von allem, was dem eigenen

Weltbild widerspricht, habe der Rechtspopulismus nichts zu bieten.

Der Bischof betonte, die evangelische Kirche trete auch gegen multireligiöse Schummelei ein, die Unterschiede verwischt und Probleme der Integration leugnet. Sie trete vor allem aber auch für die Achtung der Menschenwürde, für eine gute Nachbarschaft in Berlin und einen aufgeklärten interreligiösen Dialog ein. Diese Werte würden auch in Zeiten des Wahlkampfes gelten.

Gegen ein NPD-Wahlplakat mit dem Slogan »Gas geben« haben zwei Verbände Strafanzeige bei der Berliner Polizei gestellt. Die Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« und die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes bezeichneten die Plakate als »volksverhetzend« und eine Verhöhnung der Opfer der Gaskammern von Auschwitz und Treblinka.

KIRCHEN

Kirchen werben für UN-Seearbeits-Übereinkommen

Seemannsmission: »Charta der Grundrechte für Seeleute«

Bremen/Hamburg (epd). Die Generalsekretärin der Deutschen Seemannsmission, Heike Proske, wirbt für eine Ratifizierung des internationalen Seearbeits-Übereinkommens durch Deutschland. Das Dokument der UN-Arbeitsorganisation ILO sei »eine Charta der Grundrechte für die weltweit 1,2 Millionen Seeleute«, sagte Proske im epd-Gespräch in Bremen.

Das Seearbeits-Übereinkommen (»Maritime Labour Convention«) wurde 2006 einstimmig von der ILO verabschiedet. Das Übereinkommen tritt in Kraft, wenn es von 30 Ländern ratifiziert wurde, die mindestens ein Drittel der Welttonnage in der Handelsschifffahrt repräsentieren. Laut ILO wurde es bisher von 15 Ländern ratifiziert, zuletzt am 11. August vom Inselstaat Antigua und Barbuda, unter dessen Billigflagge viele deutsche Schiffe unterwegs sind.

»Im Seearbeits-Übereinkommen geht es um grundlegende Rechte wie Arbeitszeiten, Urlaub und Ausbildung«, sagte Proske. Auch Bestimmungen zur Freizeit, zur Religionsausübung und zu sozialen Hilfen gehörten dazu. Mit der Konvention würden in vielen Ländern der Welt

erstmals überhaupt Mindeststandards für die Arbeit auf See eingeführt, sagte die leitende Theologin der evangelischen Organisation: »Das ist ein Riesenfortschritt.« Wenn das Übereinkommen in Kraft trete, würden auch die Seemannsmissionen profitieren.

»Dann müssten die Häfen ein soziales Netz mitfinanzieren, das von den christlichen Organisationen bereits unterhalten wird«, sagte Proske. Zum weltweiten Dachverband christlicher Seemannsmissionen ICMA gehören nach ihren Angaben 28 Organisationen und knapp 1.000 Seelsorger in 128 Ländern. Sie unterhalten Stationen in allen großen Häfen der Welt. Ihre Delegierten kommen bis zum 23. August zur Weltkonferenz an die Nordseeküste. Das Seearbeits-Übereinkommen gehört in Hamburg zu den zentralen Themen.

Die Bundesregierung will das UN-Dokument durch ein neues Seearbeitsgesetz in deutsches Recht umsetzen. Nach Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens im Bundestag soll das Verfahren zur Ratifizierung eingeleitet werden. Wann das sein wird, konnte Proske nicht sagen.

epd-Gespräch: Dieter Sell

Konferenz

Seemannsmissionen aus aller Welt tagen in Hamburg

Hamburg (epd). Die 10. Weltkonferenz der Seemannsmissionen hat am Freitag in Hamburg ihre Arbeit aufgenommen. Rund 200 Delegierte aus 49 Ländern und 77 Welthäfen beraten bis zum Dienstag zentrale Anliegen der Seelsorge an Bord und an Land, sagte die nordelbische Seemannspastorin Heike Spiegelberg zum Start. Die letzte Konferenz der »International Christian Maritime Association« (ICMA) fand 2004 in New Orleans (USA) statt.

»Seemannsmission bedeutet Hilfe für Leib und Seele«, sagte Heike Proske, Generalsekretärin der Deutschen Seemannsmission mit Sitz in Bremen. Dafür bestehe ein weltweites Netz von Stationen für die konkrete Hilfe vor Ort. Diese schließe auch zunehmend die Angehörigen und Familien ein. Unverzichtbar sei auch die

politische Lobbyarbeit, die sich um das Arbeitsleben der Seeleute kümmere.

»Globales Thema Nummer eins« sei nach wie vor die Piraterie auf den Weltmeeren, sagte Proske: »Die Angst fährt immer mit, und sie beginnt schon bei der Abfahrt.« Jedes dritte Gespräch in den Seemannsheimen handele von Piraten. Proske warnte erneut vor bewaffnetem Begleitschutz für die Schiffe. Erst recht abzulehnen sei die Bewaffnung der Seeleute selbst - dadurch könne die Situation nur eskalieren. Besser sei, die Seeleute auf gefährliche Situationen vorzubereiten. Manche Reeder machten ein solches Training für ihre Besatzungen schon zur Pflicht.

Weitere Konferenzthemen sind die Umsetzung des internationalen Übereinkommens zur Arbeit auf See und die zunehmende Bedeutung der Seelsorge für die Besatzungen von Kreuzfahrtschiffen. Zum Programm gehört auch ein Besuch im Internationalen Seemannsclub »Duckdalben« im Hamburger Freihafen, der vor wenigen Tagen sein 25. Jubiläum feierte.

KIRCHEN

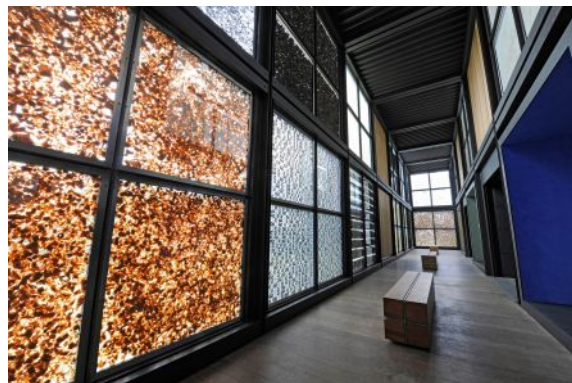
Landeskirchen erinnern an Umsetzung der Expo-Kirche

Vor zehn Jahren wurde der Christus-Pavillon nach Volkenroda umgesetzt

Volkenroda (epd). Mit einem Festgottesdienst haben die hannoversche und die mitteldeutsche Landeskirche am Sonntag an die Umsetzung des Christus-Pavillons von der Expo 2000 ins thüringische Kloster Volkenroda vor zehn Jahren erinnert. Mit dem 3.000 Quadratmeter großen Bau aus Stahl, Glas und lichtdurchlässigem Marmor hatten sich die Kirchen bei der fünfmonatigen Weltausstellung zur Jahrtausendwende in Hannover präsentiert. Danach wurde er in 2.000 Teile zerlegt und in Volkenroda bei Mühlhausen wieder aufgebaut.

Der Christus-Pavillon verbinde zwei Orte von größter Gegensätzlichkeit, sagte der hannoversche Landesbischof Ralf Meister in seiner Predigt. Von einem hektischen Messeplatz an der Autobahn sei er an einen beschaulichen Ort der Stille gekommen. »Weiter konnte die Wanderung dieses Raumes von einem Ort zum andern nicht sein«, sagte der evangelische Theologe.

Auch die mitteldeutsche Bischöfin Ilse Junkermann aus Magdeburg würdigte das innovative Bauwerk des Hamburger Architekten Meinhard von Gerkan mit seinen futuristischen Glasquadraten im Stecksystem. Der mehr als acht Millionen Euro teure Pavillon war überwiegend von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und Sponsoren, vornehmlich aus der Stahlindus-



Der in Volkenroda wieder aufgebaute Christus-Pavillon zehn Jahre nach seiner Einweihung.

epd-bild / Frank Sommariva

trie, finanziert worden. Durch die Kombination aus Event und nachhaltiger Nutzung konnte die Kirche zahlreiche Geldgeber gewinnen. Die Umsetzung des 800 Tonnen schweren Gebäudes nach Volkenroda mit rund hundert Tiefladern kostete noch einmal 4,5 Millionen Euro.

Während der Expo besuchten rund 1,8 Millionen Menschen den 18 Meter hohen würfelförmigen Sakralraum, der von einem Kreuzgang umgeben wird. In Volkenroda kommen den Angaben zufolge rund 40.000 Gäste pro Jahr zu Gebetszeiten, Gottesdiensten und Kulturveranstaltungen.

staltungen. Der moderne Bau ergänzt hier die historische Klosterkirche.

Das 1131 gegründete frühere Zisterzienserkloster Volkenroda wird heute von der ökumenischen Jesus-Bruderschaft betrieben. Sie unterhält Verbindungen zur hannoverschen Landeskirche, weil Mönche aus Volken-

EKD-Militärbischof Dutzmann wirbt für Vorrang ziviler Friedenssicherung

Bell (epd). Der evangelische Militärbischof Martin Dutzmann hat zu mehr Engagement für einen gerechten Frieden aufgerufen. Eine militärische Intervention könne für eine begrenzte Zeit den Raum dafür schaffen, militärische Gewalt sei jedoch nur als äußerste Möglichkeit ethisch vertretbar, sagte Dutzmann am Mittwoch in Bell im Hunsrück. Zivile Mittel müssten Vorrang haben. »Der Frieden kann militärisch nicht gewonnen werden«, unterstrich der Landessuperintendent der Lippischen Landeskirche.

Die Aussage des Ökumenischen Rates der Kirchen von 1948 »Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein« sei auch heute noch grundlegend. Doch es genüge nicht mehr, in der negativen Beurteilung des Krieges zu verharren, erläuterte Dutzmann. Gerechter Frieden sei mehr als die Abwesenheit von Krieg, sondern auch der Schutz vor Gewalt, der Abbau von Not und die Förderung einer kulturellen Vielfalt.

Der Theologe forderte die Christen auf, sich stärker für den Frieden zu engagieren. Dabei würde er sich durchaus auch ein stärkeres Engagement der Friedensbewegung wünschen.

Leipziger Missionswerk feiert Gründungsjubiläum

Direktor Dally unterstreicht entwicklungspolitisches Engagement

Dresden (epd). Das Evangelisch Lutherische Missionswerk Leipzig hat am Mittwoch seiner Gründung vor 175 Jahren gedacht. An einem Festakt in der Dresdner Dreikönigskirche nahmen unter anderem Gäste aus Australien teil, wo einst die Missionsarbeit begann. Direktor Volker Dally bezeichnete Mission als einen Auftrag der Kirche. Es müsse verkündet werden, was Christen im Leben trage. Dazu gehöre unter anderem auch das entwicklungspolitische Engagement.

roda 1163 das Kloster Loccum nahe Hannover gründeten. Zu den Höhepunkten des Festwochenendes gehörten eine Nachtführung im Pavillon und eine Aufführung der szenischen Kantate »Carmina Burana« von Carl Orff.

Internet: www.kloster-volkenroda.de

10. Jahrestag Gottesdiensthilfen für den 11. September veröffentlicht

Hannover (epd). Zum zehnten Jahrestag der Terroranschläge am 11. September hat die evangelische Kirche Materialien zur Gottesdienstgestaltung im Internet veröffentlicht. Da der 11. September auf einen Sonntag fällt, würden viele Kirchengemeinden das Attentat mit knapp 3.000 Toten bei der Gestaltung ihrer Gottesdienste berücksichtigen wollen, teilte die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) am Mittwoch mit.

Die EKD verweist auf die Internetseite der Arbeitsstelle für Gottesdienst und Kirchenmusik im Institut der Evangelischen Kirche von Westfalen, auf der Predigtentwürfe, Meditationen, Bilder, Liedvorschläge und liturgische Bausteine zum Download bereitstehen. Einen Gottesdienstentwurf habe zudem die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau entwickelt.

Internet: www.institut-afw.de/angebote/gottesdienst-und-kirchenmusik/material, www.zoe-ekhn.de/materialien/gottesdienstmaterialien.html

tonte er. Erinnert wurde in der Feier auch an die sogenannten »Dresdner 4«.

1838 und 1840 reisten die ersten vier Missionare von Dresden nach Südastralien. Sie lebten dort gemeinsam mit den Ureinwohnern bis die Mission 1846 wegen weitgehender Erfolgslosigkeit eingestellt wurde. Ihre Arbeit sei kein Fehler gewesen, sagte der australische Pfarrer Greg Lockwood. Sie hätten die spätere lutherische Gemeindearbeit in Australien maßgebend inspiriert. Zudem wurde auf der Feier in Vorträgen daran erinnert, dass

Geburtstag Früherer EKD-Auslandsbischof Koppe wird 70

Hannover (epd). Der frühere Auslandsbischof der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Rolf Koppe, ist am Sonntag 70 Jahre alt geworden. Der international renommierte Ökumene-Experte hat sich besonders für den Dialog zwischen protestantischen und orthodoxen Kirchen eingesetzt. Im Weltkirchenrat konnte er im Streit der beiden christlichen Traditionen vermitteln. Im Amt des EKD-Auslandsbischofs folgte ihm 2006 der Pfarrer Martin Schindehütte.

Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Nikolaus Schneider, erklärte, er schaue mit Dankbarkeit auf die 13 Jahre, die Koppe für die ökumenische Arbeit der EKD Verantwortung getragen habe. Koppe habe besonders im Dialog mit den orthodoxen Kirchen viel für ein tieferes gegenseitiges Verständnis beigetragen, hieß es in einem Glückwunschs schreiben Schneiders.

Seit 1993 leitete Koppe die Hauptabteilung »Ökumene und Auslandsarbeit« im EKD-Kirchenamt in Hannover. Der Theologe bereiste alle Kontinente und schuf ein weltweites seelsorgerliches und kirchenpolitisches Netzwerk. Der frühere Landessuperintendent (Regionalbischof) im Sprengel Göttingen war 1993 von der EKD als Nachfolger für Bischof Heinz Joachim Held berufen worden.

1998 setzte der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) Koppe zum Ko-Moderator des Sonderausschusses für die Beziehungen zwischen protestantischen und orthodoxen

die Missionare Wörterbücher einheimischer Sprachen erstellten.

Dank ihrer Dokumentationen sei zum Beispiel in den vergangenen 20 Jahren die Sprache »Kaurna« wieder zum Leben erweckt worden. Das Missionswerk wird von den evangelischen Kirchen Sachsens, Mecklenburgs und Mitteldeutschlands getragen und beschäftigt 20 Mitarbeiter. 2010 unterstützte es die Partnerkirchen in Tansania, Südindien und Papua-Neuguinea mit rund 762.000 Euro.

Internet: www.lmw-mission.de

Kirchen ein. Der Ausschuss war eingerichtet worden, um den Austritt der Orthodoxen aus dem rund 560 Millionen Christen zählenden Rat wegen theologischer Differenzen zu verhindern. Das protestantisch-theologische Institut Klausenburg-Hermannstadt in Rumänien verlieh Koppe 1996 die Ehrendoktorwürde.

Geburtstag Diethelm Lütze wird 80

Stuttgart (epd). Der Präsident der Deutsch-Vatikanischen Gesellschaft, Diethelm Lütze, wird am Dienstag (23. August) 80 Jahre alt. Die Deutsch-Vatikanische Gesellschaft mit Sitz in Stuttgart ist nach eigenen Angaben eine »staatsbürgerliche Vereinigung zur Förderung und Vertiefung der zwischen der Bundesrepublik Deutschland, dem Heiligen Stuhl und dem Staat der Vatikanstadt bestehenden religiösen und kulturellen Beziehungen«. Lütze hat sich bundesweit einen Namen gemacht als Gründer von sechs Kunst- und Literatursammlungen, die inzwischen alle im Besitz öffentlicher Museen und Bibliotheken sind.

Der sich selbst als »alt-lutherisch« bezeichnende Lütze hat sich in Diakonie und Ordensgemeinschaften stark engagiert. 2001 erhielt er das Kronenkreuz der badischen Diakonie in Silber. Er ist Ritter des Johanniterordens, Deutschherr des Deutschen Ordens und Großoffizier beim Ritterorden vom Heiligen Grab zu Jerusalem. Auf Lütze geht auch die Stiftung der mit 5.000 Euro dotierten Max-Lütze-Medaille zurück, die bislang elf Mal für das Lebenswerk eines bildenden Künstlers verliehen wurde - darunter an Alfred Hrdlicka und Werner Knaupp.

Personalie

Ex-Bildungsminister Reiche erhält feste Pfarrstelle in Berlin

Berlin/Potsdam (epd). Der frühere brandenburgische Bildungsminister und SPD-Landeschef Steffen Reiche ist neuer Pfarrer der evangelischen Epiphaniengemeinde in Berlin-Charlottenburg. Reiche wurde am Sonntag in einem Gottesdienst ins Amt eingeführt, wie der Superin-

tendent des Kirchenkreises Charlottenburg, Carsten Bolz, in Berlin mitteilte.

Reiche hatte bei der Bundestagswahl 2009 überraschend sein Direktmandat in Cottbus verloren und schied deshalb aus dem Bundestag aus. Der Theologe und Mitbegründer der sozialdemokratischen Partei in der DDR hatte zuletzt als Pfarrer auf Vertretungsstellen in Berlin-Köpenick und im brandenburgischen Michendorf gearbeitet.

KIRCHEN

Sühnezeichen-Mitbegründer von Hammerstein gestorben

Engagement für Versöhnung und christlich-jüdischen Dialog gewürdigt

Berlin (epd). Franz von Hammerstein, Mitbegründer und langjähriger Generalsekretär der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, ist im Alter von 90 Jahren gestorben. Der evangelische Theologe starb am 15. August in Berlin, wie die Aktion Sühnezeichen mitteilte. Sühnezeichen-Geschäftsführer Christian Staffa sagte, Hammerstein habe viele ermutigt, die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus lebendig und international weiterzuführen. Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Nikolaus Schneider, würdigte Hammerstein als Menschen mit Charakter und Charisma.

Schneider erinnerte daran, dass Hammerstein schon familiär im Widerstand gegen den Nationalsozialismus beheimatet gewesen sei und seine theologischen Wurzeln in der Bekennenden Kirche hatte. Als Mitbegründer der Aktion Sühnezeichen und auch als Direktor der Evangelischen Akademie zu Berlin habe er große öffentliche Präsenz und Ausstrahlungskraft gehabt, heißt es in dem Kondolenzschreiben des Ratsvorsitzenden an Hammersteins Witwe.

Haft in Buchenwald und Dachau

Franz von Hammerstein wurde 1921 in Kassel als zweitjüngstes von sieben Kindern des Generaloberst Kurt Freiherr von Hammerstein-Equord (1878-1943) geboren. Er absolvierte zunächst eine Ausbildung zum Industriekaufmann und arbeitete bei Krupp. 1944 wurde er wegen der Beteiligung seiner Brüder Kunrat und Ludwig am Attentat gegen Adolf Hitler von der Gestapo in Sippenhaft genommen und anschließend in den Konzentrationslagern Buchenwald und Dachau interniert.

Nach dem Krieg studierte Hammerstein in den USA evangelische Theologie. Zusammen mit dem Magdebur-



Franz von Hammerstein (Archivfoto) in der KZ-Gedenkstätte Buchenwald (15.04.07)

epd-bild / Maik Schuck

ger Kirchenjuristen Lothar Kreyszig gründete er 1958 die Aktion Sühnezeichen, die sich für die Aussöhnung mit den von Deutschland im Zweiten Weltkrieg überfallenen Ländern einsetzt. Der Theologe war von 1967 bis 1975 Generalsekretär der Vereinigung. Bis ins hohe Alter blieb er Ehrenvorsitzender des Kuratoriums von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste.

Von 1975 bis 1978 war Hammerstein beim Weltkirchenrat für den christlich-jüdischen Dialog in Genf tätig. Anschließend leitete er die Evangelische Akademie Berlin.

Hammersteins Mut, frühzeitig und gegen Widerstände die Mitverantwortung von Gesellschaft und Kirchen an den Verbrechen des Nationalsozialismus zu thematisieren und Konsequenzen zu fordern, habe Generationen ermutigt und viele bewegt, sagte Elisabeth Raiser, Vorsitzende von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste: »Insbesondere sein Engagement für den christlich-jüdischen Dialog und internationale Verständigung über konfessionelle und weltanschauliche Grenzen hinweg sind uns bleibender Auftrag.«

Mehr Bewegungsfreiheit für Flüchtlinge

In einigen Bundesländern dürfen Asylbewerber nun ihren Landkreis verlassen

Mainz (epd). Einmal setzte sich Amir Bakhshi in einen Zug, fuhr mit der Bahn von Bad Kreuznach ins zwölf Minuten entfernte Ingelheim zur Geburtstagsfeier eines Freundes. Einfach so, ohne offizielle Erlaubnis. Als er die Grenze des Landkreises überquerte, machte sich der iranische Asylbewerber strafbar. Als einziges EU-Land schränkt Deutschland die Bewegungsfreiheit von Flüchtlingen mit einer sogenannten Residenzpflicht deutlich ein. Nun lockern immer mehr Bundesländer die restriktiven Regelungen.

Asylbewerber, die den ihnen zugewiesenen Landkreis oder Regierungsbezirk auch nur für einige Stunden verlassen möchten, müssen das in der Regel bei der Ausländerbehörde beantragen. Oftmals werden dabei Gebühren fällig. Eine Erlaubnis wird nur erteilt, wenn triftige Gründe vorliegen. »Manchmal fragen sie auf dem Amt: 'Warum musst du so oft zu deinem Mainzer Anwalt?'« erzählt der Iraner Bakhshi von seinen Erfahrungen mit den Behörden in Rheinland-Pfalz.

Wie restriktiv die Residenzpflicht gehandhabt wird, ist von Bundesland zu Bundesland, von Kreis zu Kreis oder gar von Sachbearbeiter zu Sachbearbeiter unterschiedlich. Berlin und Brandenburg vereinbarten bereits eine gegenseitige Freizügigkeit für Flüchtlinge, andernorts dürfen Asylbewerber nach wie vor ihren Landkreis nicht verlassen.

»Pro Asyl« spricht von Schikanen

»Die Bestimmungen sind offen für jede denkbare Schikane«, urteilt Bernd Mesovic von »Pro Asyl«. Flüchtlinge wurden schon bestraft, weil sie auf dem Weg von ihrem Flüchtlingsheim im äußersten Süden von Hessen in die zugehörige Kreisstadt mit dem Zug kurz baden-

württembergisches Territorium passieren mussten. Gelegentlich haben Asylbewerber Probleme, zur Flüchtlingsberatung zu gelangen. Auch Genehmigungen für den Besuch des oder der Verlobten werden nach Angaben von Asylberatern oft verweigert.

»Wir sind der Ansicht, dass die Residenzpflicht völlig unnützlich ist«, sagt Mesovic. Um dem berechtigten Interesse von Ländern und Kommunen nachzukommen, die nach Deutschland gelangten Asylbewerber und die Kosten für ihre Unterbringung zu verteilen, wäre es ausreichend, den Flüchtlingen einen bestimmten Wohnsitz zuzuweisen. Ihre Reisefreiheit müsste dazu nicht eingeschränkt werden.

Zahlreiche Ermittlungsverfahren

Polizei und Justiz sind intensiv damit beschäftigt, Verstöße gegen die Residenzpflicht zu kontrollieren und zu ahnden. Bundesweit werden jedes Jahr mehrere Tausend Ermittlungsverfahren eingeleitet. Im Jahr 2008 wurden deswegen über 650 Flüchtlinge verurteilt, einige davon sogar zu Haftstrafen.

Die rot-grüne Landesregierung in Rheinland-Pfalz will nun die Residenzpflicht für Asylbewerber lockern. Künftig sollen die Betroffenen sich zumindest im gesamten Bundesland frei bewegen dürfen. Eine ähnliche Lockerung wurde zuvor bereits im schwarz-gelb regierten Schleswig-Holstein auf den Weg gebracht. In Thüringen wurde die Bewegungsfreiheit ebenfalls gelockert.

Für eine komplette Abschaffung der Residenzpflicht müsste allerdings der Bund tätig werden. Der will aber an der Regelung festhalten, damit die Flüchtlinge während ihres Asylverfahrens leichter für die Behörden erreichbar sind.

Karsten Packeiser (epd)

Umwelt

BUND-Studie warnt vor CO₂-Speicherung unter der Nordsee

Hamburg (epd). Die geplante Einlagerung von Kohlendioxid unter dem Meer birgt einer Studie zufolge unkalkulierbare Risiken für die Umwelt. Die Anwendung der sogenannten CCS-Technologie (Carbon Capture and Storage) in der Nordsee könne auch das UNESCO-Welterbe Wattenmeer bedrohen, sagte der Geologe Ralf Krupp, der die Untersuchung im Auftrag des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) erstellt hat. Gefährdet seien außerdem eine Vielzahl von Riffen und Sandbänken in weiteren Schutzgebieten, erklärte er am Freitag in Hamburg.

Mit der CCS-Technologie wollen Energiekonzerne Treibhausgase, die etwa beim Betrieb von Kohlekraftwerken entstehen, abscheiden und unterirdisch speichern. Die Bundesregierung will die umstrittene Technologie in Deutschland bis 2017 erproben. Den Ländern soll gegen CCS-Projekte auf ihren Territorien ein Vetorecht eingeräumt werden. Der BUND appellierte an die Bundesländer, die Einführung der CCS-Technologie grundsätzlich abzulehnen. Das ausgehandelte Vetorecht der Bundesländer gegen die Einlagerung an Land könne die Nordsee nicht schützen, denn die vorgesehenen Gebiete lägen außerhalb der Zwölf-Meilen-Zone und damit ausschließlich in der Zuständigkeit des Bundes.

Das zentrale Problem der Verpressung von CO₂ unter die Nordsee liege in der Verdrängung von tiefliegendem Grundwasser unterhalb des Meeresbodens, sagte Krupp. Dieses Grundwasser enthalte keinen Sauerstoff, dafür aber hohe Konzentrationen von Salz und Schwermetallen. Wenn es aufsteige und am Meeresboden austrete, seien schwere ökologische Schäden zu befürchten.

Bioethik

Jurist Dreier sieht in Ethikräten keinen »Ersatzgesetzgeber«

Frankfurt a.M. (epd). Der Staatsrechtler Horst Dreier hat die Tätigkeit der Ethikräte auf Bundesebene positiv bewertet. »Ethikräte sind weder Ersatz- noch Supergesetzgeber«, schreibt der Würzburger Rechtswissenschaftler in einem Beitrag für die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« (Mittwochs Ausgabe). Sie könnten aber zur Klärung von Grundfragen in bioethischen Debatten beitragen und damit dem Parlament und der Öffentlichkeit Entscheidungs- und Argumentationshilfen liefern.

Dreier widerspricht zu hochgesteckten Erwartungen an derartige Gremien: »Ethikräte sind keine Instanzen,

in denen sich eine Art höherer Weisheit und moralischer Überlegenheit bündeln würde.« Die Einbringung von Sachverstand und wissenschaftlicher Perspektiven unterschiedlicher Fächer sei allerdings ein erster Schritt für eine tragfähige Lösung. Für nicht stichhaltig hält der Rechtsprofessor die Sorge, Ethikräte förderten eine verfassungsrechtlich bedenkliche »Entparlamentarisierung« des politischen Prozesses.

Ob Empfehlungen der Ethikräte in der gesellschaftlichen Diskussion aufgenommen werden, hänge maßgeblich von der Qualität öffentlicher Debatten ab, argumentiert Dreier. Er war Mitglied der Nationalen Ethikrates, den der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) 2001 eingerichtet hatte. Dem Nachfolgegremium Deutscher Ethikrat, der auf gesetzlicher Grundlage beruht und 26 Naturwissenschaftler, Juristen, Mediziner, Philosophen, Soziologen und Theologen umfasst, gehört der Würzburger Rechtsprofessor nicht an.

Deutscher Fußball-Bund

Altbischof Huber übernimmt Mediation im Fall Amerell

Frankfurt a.M. (epd). Altbischof Wolfgang Huber leitet ein Mediationsverfahren zur Aufarbeitung des zerrütteten Verhältnisses zwischen dem ehemaligen Schiedsrichter-Funktionär Manfred Amerell und dem Deutschen Fußball-Bund (DFB). Nach dem Abschluss des Rechtsstreites strebe der Verband eine abschließende menschliche Aufarbeitung an, teilte der DFB am Dienstagabend in Frankfurt am Main mit

»Dabei konnte mit Professor Wolfgang Huber eine anerkannte und unabhängige Persönlichkeit der Gesellschaft gewonnen werden«, hieß es. Der ehemalige Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland wolle in den kommenden Wochen mit den Beteiligten intensive Gespräche führen. Bis zum Abschluss des Mediationsprozesses auf Initiative von DFB-Präsident Theo Zwanziger werde es keine Auskünfte zu den Ergebnissen der Gespräche geben.

Amerell war vorgeworfen worden, Schiedsrichter Michael Kempter sexuell belästigt zu haben. Die 1. Zivilkammer des Landgerichts Hechingen hatte im Mai die Klage Amerells gegen Kempter abgewiesen. Amerell hatte von Kempter wegen der Verletzung seiner Persönlichkeitsrechte Schadenersatz in Höhe von 150.000 Euro gefordert. Zuvor war das ehemalige Mitglied im Schiedsrichter-Ausschusses bereits in Gerichtsverfahren in Augsburg und München mit seinen Vorwürfen gegen DFB-Präsident Zwanziger gescheitert.

Arbeitgeber wollen Pflegekräfte aus Indien holen

Bis 2020 werden in Deutschland zusätzlich 175.000 Mitarbeiter gebraucht

Berlin (epd). Die Arbeitgeber in der Pflege wollen Fachkräfte aus Indien und China nach Deutschland holen. Angesichts des hohen Bedarfs in den kommenden Jahren werde es nicht genug Pflegekräfte aus dem Inland und den EU-Ländern geben, sagte der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes Pflege, Thomas Greiner, am Mittwoch in Berlin. Denkbar sei auch, in Spanien und Griechenland um Ausbildungswillige zu werben, wo unter den jungen Leuten eine hohe Arbeitslosigkeit herrsche, sagte Greiner.

Das Rheinisch Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) hat im Auftrag des Arbeitgeberverbandes Pflege ermittelt, dass bis 2020 in den Heimen und Pflegediensten zusätzlich 175.000 Mitarbeiter gebraucht werden, davon 75.000 ausgebildete Pflegekräfte. In den zehn Jahren von 1999 bis 2009 sind in privaten und gemeinnützigen Pflegeeinrichtungen 160.000 neue Arbeitsplätze entstanden, davon 90.000 für Pflegefachkräfte.

Bedeutung privater Anbieter steigt

Greiner sagte, es gehe nicht darum, angesichts der steigenden Zahlen von Pflegebedürftigen »Horrorszenarien« zu zeichnen, sondern die Herausforderungen anzunehmen. Entscheidend sei, dass die häufig exzellenten Ausbildungen aus anderen Ländern in Deutschland schnell und vollständig anerkannt würden. Das sei aber nicht der Fall. Bis heute sei es nicht möglich, eine studierte Pflegefachkraft aus Polen in einem deutschen Heim auch als Fachkraft einzustellen. Die Bundesregierung will die Anerkennung ausländischer Abschlüsse erleichtern. Der Bundestag berät noch über die gesetzlichen Regelungen.

Urteil

Nur gesetzliche Feiertage bringen vollen Lohnzuschlag

Erfurt (epd). Arbeitnehmer haben an rein kirchlichen Feiertagen keinen Anspruch auf einen tariflichen Feiertagszuschlag. Nur gesetzliche Feiertage können zu einem tariflichen Anspruch auf höhere Entlohnung führen, entschied am Mittwoch das Bundesarbeitsgericht in Erfurt. Die Richter wiesen damit die Klage eines Monteurs aus



Eine alte Dame unterhält sich in ihrer Wohnung mit Magdalena Fiedorowicz, Pflegekraft bei den Christlichen Seniorendiensten in Hannover.

epd-bild / Werner Krüper

Das RWI legte eine Untersuchung vor, wonach die Bedeutung privater Anbieter im deutschen Pflegemarkt zunimmt. Der Anteil an den rund 11.000 Heimen ist zwischen 1999 und 2009 von knapp 36 auf knapp 40 Prozent gestiegen. Bezogen auf die Heimplätze versorgen die privaten Anbieter allerdings nur gut ein Drittel der Pflegebedürftigen, die kirchlichen, gemeinnützigen und kommunalen Heime zwei Drittel. Von den rund 12.000 Pflegediensten sind inzwischen zwei Drittel in privaten Händen. Sie versorgen fast die Hälfte der Menschen, die zu Hause gepflegt werden (47 Prozent).

Das RWI verwies darauf, dass die Hälfte der Investitionen in den Pflegesektor von fast 30 Milliarden Euro in den vergangenen zehn Jahren von privaten Unternehmern geleistet worden sei. Angesichts der hohen Verschuldung der öffentlichen Haushalte werde sich der Trend zu wachsenden privaten Investitionen fortsetzen, prognostizieren die Autoren der Studie.

Sachsen-Anhalt zurück, der einen Feiertagszuschlag auch für Oster- und Pfingstsonntag haben wollte. (AZ: 10 AZR 347/10)

Nach den tariflichen Regelungen erhalten Arbeitnehmer bei einer Arbeit an einem Feiertag einen Zuschlag in Höhe von 135 Prozent. Was genau als Feiertag gilt, ist darin jedoch nicht genau ausgeführt. Bis Ende 2007 zahlte der Arbeitgeber die Zuschläge auch für Oster- und Pfingstsonntage, obwohl diese kirchlichen Feiertage in keinem Bundesland als gesetzliche Feiertage gelten. Ab

2008 hat der Betrieb den Zuschlag für Oster- und Pfingstsonntag nicht mehr gewährt. Stattdessen wurde nur ein Sonntagszuschlag von 25 Prozent gezahlt. Der Monteur hielt dies für rechtswidrig.

Das Bundesarbeitsgericht sah dies jedoch anders. Oster- und Pfingstsonntag seien nach Landesrecht nicht als gesetzliche Feiertage bestimmt worden. Dies sei für die Zahlung eines Feiertagszuschlag aber entscheidend. Der Monteur könne daher für rein kirchliche Feiertage keinen Lohnzuschlag von 135 Prozent erhalten.

Finanzkrisen

Wirtschaftsethiker fordert Entmachtung von Rating-Agenturen

Bielefeld (epd). Der evangelische Wirtschaftsethiker Traugott Jähnichen hat angesichts der Finanzkrisen in Europa eine stärkere Kontrolle von Rating-Agenturen gefordert. »Die Macht der Rating-Agenturen muss beschnitten werden, sonst ist die nächste Krise programmiert«, sagte der Bochumer Professor für Christliche Gesellschaftslehre der in Bielefeld erscheinenden evangelischen Wochenzei-

tung »Unsere Kirche« (Ausgabe vom 21. August). Drei Agenturen in der USA hätten einen Weltmarkt-Anteil von 95 Prozent. Diese privaten Unternehmen könnten Staaten vor sich hertreiben. »Das stellt jedes demokratische Prinzip infrage«, sagte Jähnichen.

Als problematisch bewertete der Wirtschaftsexperte und Theologe, dass die Agenturen nicht nur Transaktionen beurteilten sondern auch durch Kundenberatung an den Folgen verdienten. Das sei so, als wenn der TÜV die Qualität von Autos bewerte und zugleich als Berater von Autoherstellern auftrete, kritisierte Jähnichen.

Aufgabe der Börse sei es, Firmen mit neuen Ideen, aber ohne genügend Geld mit Kapital zusammenzubringen. Diese Basisfunktion sei jedoch in den letzten 15 Jahren immer weiter in den Hintergrund getreten, beklagte der Diplom-Ökonom. Anleger seien häufig nicht mehr am Wohl des Unternehmens interessiert. »Diese Finanzjongleure haben nur noch kurzfristigen Gewinn im Blick«, kritisierte Jähnichen. Der Wirtschaftsethiker plädiert dafür, kurzfristiges Engagement an den Börsen deutlich höher zu besteuern.

Arbeitgeber finden Gleichbehandlungsgesetz überflüssig

Gewerkschaften und Opposition verlangen weitere Schritte gegen Diskriminierung

Berlin (epd). Die Arbeitgeberverbände haben das Antidiskriminierungsgesetz als überflüssig kritisiert. Der fünfte Jahrestag des Inkrafttretens des Allgemeinen Gleichstellungsgesetzes sei kein Grund zum Feiern, erklärte die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) am Mittwoch in Berlin. Gewerkschaften und Oppositionsparteien forderten dagegen, entschlossener gegen Diskriminierung vorzugehen.

Das Gleichstellungsgesetz belaste die deutsche Wirtschaft mit sinnloser Bürokratie und hohen Kosten, kritisierten die Arbeitgeber. Allein die Einführung des Gesetzes habe Aufwendungen in Höhe von mehr als 1,5 Milliarden Euro ausgelöst. Die jährlichen Ausgaben nur für Bewerbungsverfahren und Einstellungsprozesse betrügen über 150 Millionen Euro. »Wir unterstützen die Bundesregierung darin, eine weitere Belastung durch neue Richtlinien auf europäischer Ebene zu verhindern«, erklärte die BDA.

Die Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Christine Lüders, hatte zum Jahrestag des Inkrafttretens des Gesetzes hingegen eine Verschärfung der Vorschriften gefordert. Das Allgemeine Gleichbehandlungs-

gesetz trat am 18. August 2006 in Kraft. Seitdem ist im Arbeits- und im Zivilrecht Diskriminierung wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Weltanschauung und Religion, der sexuellen Identität, des Alters oder einer Behinderung explizit verboten.

DGB fordert mehr Antidiskriminierungsstellen

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), forderte die Bundesregierung auf, das Gesetz weiterzuentwickeln und in allen Bundesländern Antidiskriminierungsstellen einzurichten. Arbeitgeber, Verbände und Parteien müssten entschlossener gegen Diskriminierung vorgehen. Es dürfe nicht sein, dass ein Bewerber um eine Stelle wegen eines ausländischen Namens weniger Chancen habe, sagte die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock.

Die Grünen forderten die Regierung auf, die Lücken im Antidiskriminierungsrecht zu schließen. Der Schutz vor Kündigungen sei europarechtswidrig von dem Gesetz ausgenommen worden. Beck forderte auch ein Klage-recht für Antidiskriminierungsverbände sowie bessere

Schadenersatzregelungen. Die Ausnahmen für die Kirchen müssten allein auf den Kernbereich der Glaubensverkündung beschränkt werden, verlangte Beck.

Die Linksfraktion bezeichnete das Gesetz als einen »Tiger ohne Zähne« und schloss sich der Forderung nach

Studie

Allensbach-Chefin: Soziale Schichten driften auseinander

Frankfurt a.M. (epd). Die sozialen Schichten in Deutschland driften nach Erkenntnissen der Meinungsforscherin Renate Köcher immer weiter auseinander. Unter- und Mittelschichten seien stark von der konjunkturellen Entwicklung und den Arbeitsmarktchancen abhängig, schreibt die Chefin des Instituts für Demoskopie Allensbach in einem Beitrag für die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« (Mittwochs Ausgabe). Dagegen könnten sich die oberen sozialen Schichten zunehmend aus dieser Abhängigkeit lösen.

Nach Angaben der Wissenschaftlerin ging in den Unter- und Mittelschichten das frei verfügbare Einkommen, das nach Begleichen aller notwendigen Lebenshaltungskosten verbleibt, zwischen den 90er Jahren und 2007 real zurück. Lediglich die nach Bildung, beruflicher Position und Einkommen oberen 20 Prozent hätten »deutliche Zuwächse ihrer finanziellen Spielräume« verzeichnen können.

Auch in Bezug auf Interessen, Lebensstile, Weltanschauungen und Alltagskultur entwickelten sich die gesellschaftlichen Schichten auseinander, fügte Köcher hinzu: »So ist beispielsweise die zunehmende Gesundheitsorientierung primär ein Oberschichtenphänomen.« Besonders frappierend zeige sich diese Entwicklung beim Rauchen, dass in unteren Schichten verbreiteter sei.

Als beunruhigend bezeichnete Köcher, dass insbesondere bei Jüngeren aus unteren Schichten das Interesse an Politik, Wirtschaft und kulturellen Themen stark gesunken sei. Während in den 90er Jahren sich immerhin noch 45 Prozent der unter 25-Jährigen aus ärmeren Milieus zumindest eingeschränkt für Politik interessierten hätten, seien es heute nur noch 32 Prozent. Bei jungen Menschen in der Oberschicht dagegen sei das Interesse an diesen Themen nur marginal von 67 Prozent auf 65 Prozent gesunken.

einem Verbandsklagerecht an. Einzelne könnten mit einer individuellen Klage gegen Diskriminierung nur selten auf einen Erfolg hoffen. Gerade habe ein Arbeitsgericht die Entlassung eines 23-jährigen Chemikers wegen eines positiven HIV-Tests gebilligt.

Studie

Gut gebildete Jugendliche sind häufiger freiwillig engagiert

Gütersloh (epd). Freiwilliges Engagement von Jugendlichen hängt einer Studie zufolge von Herkunft und Bildung ab. Mehr als die Hälfte der Jugendlichen (61 Prozent), die sich 2009 für das Gemeinwohl einsetzten, seien Abiturienten oder strebten das Abitur an, erklärte die Bertelsmann Stiftung am Mittwoch in Gütersloh bei der Vorstellung einer bundesweiten Untersuchung zum Engagement Jugendlicher. Hingegen seien Jugendliche aus Migrantenfamilien in vielen ehrenamtlichen Bereichen unterrepräsentiert. Die meisten jungen Menschen engagieren sich demnach für Sport, Kirche, Schule und Kultur.

Jugendliche mit hohem Bildungsstand bilden eine deutliche Mehrheit im freiwilligen Engagement in den Bereichen Politik (74 Prozent), Sport (67 Prozent) sowie Kultur, Schule und Jugendarbeit (jeweils 66 Prozent). Feuerwehren und Rettungsdiensten gelinge es hingegen vergleichsweise gut, auch einfach gebildete Jugendliche zu mobilisieren. Jugendliche aus Migrantenfamilien beteiligen sich der Studie zufolge am stärksten im Umfeld ihrer Schulen.

Bei jungen Männern sind vor allem Einsätze bei der Freiwilligen Feuerwehr und Rettungsdiensten beliebt. Hier macht der Anteil männlicher Jugendlicher fast 80 Prozent aus. Danach folgen Sport, Politik und berufliche Interessenvertretung. Junge Frauen betätigen sich hingegen öfter im kirchlichen Bereich sowie im Sozial- und Gesundheitsbereich.

Insgesamt ging das freiwillige Engagement der 14- bis 24-Jährigen von 37 Prozent im Jahr 1999 auf 35 Prozent im Jahr 2009 leicht zurück. Im Vergleich zu zehn Jahren zuvor engagierten sich mehr Jugendliche bei Kirchen und in der Jugendarbeit. Demgegenüber sei die Zahl Jugendlicher im Sport- und Freizeitbereich zurückgegangen. Für die Studie wertete die Bertelsmann Stiftung mit dem Meinungsforschungsinstitut TNS Infratest den Dritten Freiwilligen Survey des Bundesfamilienministeriums aus.

Bundesländer

Sachsens Bildungssystem wird Vorbildcharakter bescheinigt

Berlin/Dresden (epd). Sachsens Bildungssystem kommt nach einem bundesweiten Vergleich erneut auf den ersten Platz. Der am Dienstag in Berlin vorgestellte »Bildungsmonitor 2011« bescheinigt dem Freistaat und auch dem zweiplatzierten Thüringen Vorbildcharakter für andere Länder. Die dortigen Bildungssysteme seien auf einem guten Weg, Aufstiegschancen für jeden und einen breiten Zugang zu akademischen Abschlüssen zu bieten, erklärte der Geschäftsführer der arbeitgebernahen Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Hubertus Pellengahr. Auf Platz drei und vier kamen Baden-Württemberg und Bayern, Berlin war Schlusslicht.

Die von der INSM in Auftrag gegebene Studie untersuchte 13 Handlungsfelder. Demnach zeichnet sich Sachsen durch eine besonders leistungsstarke indivi-

duelle Förderung mit guten Betreuungsrelationen Lehrer/Klassengröße und Ganztagsangeboten aus. Der Anteil der Schulabbrecher und Jugendlichen ohne Ausbildungsreife sei gesunken. Auch scheiterten weniger in der Berufsausbildung.

Die Studie zeige, dass auch soziale benachteiligte Schüler in Sachsen überdurchschnittlich oft zu einem erfolgreichen Abschluss kämen, erklärte Kultusminister Roland Wöllner (CDU): »In Sachsen ist die soziale Herkunft weniger entscheidend für den Bildungsweg.«

Für den Bildungsmonitor wurden zumeist Daten aus dem Jahr 2009 verwendet, da aktuellere statistische Angaben in der Regel noch nicht vorliegen. Untersucht wurde zum Beispiel das Angebot von Ganztagsbetreuung, die Zahl der Lehrer und Klassengrößen, die Zahl der sozial benachteiligten Schüler und Abiturienten. Die Studie nahm im Auftrag der INSM das Institut der deutschen Wirtschaft Köln vor.

Internet: www.insm-bildungsmonitor.de

SOZIALES

»Die Mehrwertsteuer ist familienblind«

Sozialverbände fordern auf alle Produkte für Kinder den reduzierten Steuersatz

Frankfurt a.M. (epd). Kinderkleidung und -schuhe, Windeln, Kinderautositze, Schul- und Kitaessen: Für all diese Waren zahlen Eltern die volle Mehrwertsteuer von 19 Prozent. Ein Bündnis aus Sozialverbänden will das ändern, um Familien finanziell zu entlasten. Seit Mai sammeln die Initiatoren dafür Unterschriften. Ziel ist es, den ermäßigten Tarif von sieben Prozent auf sämtliche Produkte und Dienstleistungen für Kinder auszuweiten. Die Kampagne passt in die Zeit, denn die Bundesregierung will noch in dieser Legislaturperiode erste Vorschläge für eine Reform der Mehrwertsteuer vorlegen. Doch eilig hat sie es damit offenbar nicht.

Auch Regierung sieht Reformbedarf

»Unsere Kampagne 'Mehrwert gerecht steuern' ist die logische Fortsetzung einer Politik für mehr Kinderfreundlichkeit«, sagt Sven Iversen, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft für Familienfragen (AGF) mit Sitz in Berlin. Seit Mai läuft die Aktion mit Plakaten, Unterschriftensammlung, einer Fragebogenaktion bei allen Bundestagsabgeordneten und im Internet (www.7fuerkinder.de). Dazu kooperieren die AGF, der Bekleidungshersteller JAKO-O GmbH, das Deutsche Kinderhilfswerk und das Zu-

kunftsforum Berlin. Die Mehrwertsteuer sei familienblind, das müsse dringend geändert werden, fordert Iversen.

Reformbedarf sieht auch die Bundesregierung, doch kommt sie mit ihren Plänen nicht voran. Laut Koalitionsvertrag vom Herbst 2009 soll eine Kommission Vorschläge zur Reform des unübersichtlich gewordenen Systems der Umsatzsteuer machen. Aber: Die berufenen Experten haben ihre Beratungen noch gar nicht begonnen. »Wir harren eines Termins«, heißt es dazu im Bundesfinanzministerium. Dabei geht es um viel Geld: Dem Fiskus entgehen durch die reduzierte Mehrwertsteuer etwa auf Lebensmittel, Bücher, Kulturveranstaltungen und die Leistungen im öffentlichen Personenverkehr jedes Jahr rund 23 Milliarden Euro.

Die Debatte über die Zukunft des Umsatzsteuerrechts wogt hin und her. Zuletzt meldeten sich im Februar zehn Finanzexperten zu Wort. Sie forderten ein »klares und nachvollziehbares Steuersystem, das auf unzählige Ausnahmen und Vergünstigungen verzichtet« - und damit das Gegenteil dessen, was dem Bündnis um die AGF vorschwebt: Der Zusammenschluss fordert, mehr und nicht weniger Waren dem reduzierten Steuersatz zu unterwerfen.

Der Bundesrechnungshof riet der Regierung bereits im Juni 2010, den Steuerdschungel zu lichten und den Ka-

talog der Waren zu überprüfen, auf die nur der ermäßigte Steuersatz erhoben wird. Noch deutlicher wird ein Gutachten im Auftrag des Bundesfinanzministeriums vom September vergangenen Jahres. Dessen Autoren wollen die reduzierte Steuer nur auf Lebensmittel beibehalten.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsförderung (DIW) in Berlin lehnt das vollständige Aus des ermäßigten Steuersatzes ab. Geringverdiener würden dadurch dreimal so stark belastet wie Spitzenverdiener. Die Folge: Für die unteren Einkommensgruppen müssten neue, steuerfinanzierte Sozialtransfers erfolgen.

Kritik vom Bund der Steuerzahler

»Würde die Politik dieser Empfehlung folgen, müssten zahlreiche lebensnotwendige Güter und Dienstleistungen höher besteuert werden«, sagte Reiner Holzengel, Vizepräsident des Bundes der Steuerzahler, dem epd. Diese Reform würde Steuerzahler höher belasten:

»Schon deshalb lehnt der Bund der Steuerzahler solche Pläne ab.«

Familienexperte Iversen hält einen einheitlichen Mehrwertsteuersatz für »politisch nicht durchsetzbar«, zumal die deutsche Steuergesetzgebung auch EU-Vorgaben beachten müsse. Statt immer wieder auf die »große Steuerreform« zu vertrösten, solle die Bundesregierung das Machbare realisieren und Produkte für Kinder verbilligen. Eltern könnten allein bei der Erstausrüstung ihres Babys ungefähr 200 Euro sparen. Die Ausgaben für Bekleidung und Schuhe könnten um bis zu 60 Euro pro Jahr sinken.

Eine niedrigere Mehrwertsteuer für alle von Kindern benötigten Waren sei bezahlbar, versichert Iversen: Eigenen Berechnungen zufolge entgingen dem Fiskus jährlich knapp eine Milliarde Euro. Zum Vergleich: Die Mehrwertsteuer spült jedes Jahr 180 Milliarden Euro in die Staatskasse.

Dirk Baas (epd)

Gegen eine Propaganda-Schau Pekings

Menschenrechtler wollen auch kritische Stimmen beim China-Kulturjahr 2012 in Deutschland

KULTUR

Berlin (epd). Wenige Tage, nachdem Außenminister Guido Westerwelle (FDP) im April die deutsche Ausstellung »Kunst der Aufklärung« in Peking eröffnet hatte, wurde der chinesische Künstler Ai Weiwei festgenommen. Er ist das prominenteste Opfer der Unterdrückung von Kunst- und Meinungsfreiheit in China - und nur ein Beispiel von vielen. Deshalb sehen Menschenrechtler mit großer Skepsis dem chinesischen Kulturjahr entgegen, das Peking für 2012 in Deutschland plant.

Anlass für die Veranstaltungsreihe ist der 40. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und der Bundesrepublik Deutschland. »Es geht um alles, nur nicht um Kultur«, prophezeit der Asienreferent der Gesellschaft für bedrohte Völker, Ulrich Delius. Der kommunistischen Führung gehe es um Propaganda: »Da kommen natürlich Parteivertreter und Leute, die das Plazet der KP-Funktionäre haben.«

Die Gesellschaft steht daher mit Ministerpräsidenten der Länder und den Oberbürgermeistern der großen Städte in Kontakt, um sie zu einem kritischen Umgang mit dem Kulturjahr zu bewegen. Delius verlangt, Vertreter von unterdrückten Minderheiten wie der Uiguren, Tibeter und Mongolen mit in die Planungen einzubeziehen.

Ob das gelingt? Peking wolle letztendlich eine »Jubelveranstaltung«, sagt Delius, »da möchte man keine Missklänge drin haben«. Andererseits habe die Verhaftung Ai Weiweis viele Menschen in Deutschland empört. Der Konzeptkünstler, der in Berlin ein Atelier eröffnen und eine Professur antreten will, war am 22. Juni nach rund 80 Tagen Haft auf Kautionsfreilassung. Er darf aber Peking offenbar weiter nicht verlassen.

Deutscher Einfluss begrenzt

Die Einflussmöglichkeiten auf das Kulturjahr sind begrenzt, denn die Planung liegt allein in der Hand Chinas. Das Goethe-Institut berät lediglich und vermittelt Kontakte, das Auswärtige Amt sieht die Zuständigkeit bei den deutschen Städten. Der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Markus Löning (FDP), rief China aber

auf, beim Thema Menschenrechte und im Umgang mit den Medien »transparenter« zu werden, wenn das Kulturjahr ein Erfolg werden solle.

Beim PEN-Zentrum Deutschland hat man seit 2009 intensiv Erfahrungen mit dem deutsch-chinesischen Kulturaustausch gemacht: Auf der Frankfurter Buchmesse kam es damals zum Eklat, weil die Messe auch kritische Autoren eingeladen hatte. Im Jahr darauf wurde der Schriftsteller Liao Yiwu an der Reise zum Kölner Literaturfestival Lit.Cologne gehindert.

Und alle Proteste und Preise halfen auch im Fall des 2009 zu elf Jahren Haft verurteilten Bürgerrechtlers Liu Xiaobo nichts: Als ihm Ende 2010 in Oslo der Friedensnobelpreis verliehen wurde, musste sein Stuhl leer bleiben. Auch den Hermann-Kesten-Preis des PEN-Zentrums konnte er nicht entgegennehmen.

PEN: Zensur nicht hinnehmen

»Kritik ficht die chinesische Regierung nicht an, so was wie Diplomatie findet da überhaupt nicht statt«, sagt PEN-Generalsekretär Herbert Wiesner. Die Menschenrechte des Einzelnen seien für Peking »kein Wert an sich«, entsprechende Forderungen würden als »westliche Verkrümmung des Denkens« angesehen.

Auf eine Absage oder einen Boykott des Kulturjahres will der PEN-Generalsekretär dennoch nicht drängen: »Wenn die westliche Welt sich nicht auf China einlässt, werden die Verhältnisse dort ja eher noch schwieriger«, sagt er. Chinesische Kultur sollte aber nicht von Peking allein definiert werden. Zensur und Einreiseverbote dürften zudem keinesfalls hingenommen werden.

Wie ein unkritisches China-Kulturjahr aussehen kann, zeigt der Blick auf Italien, wo es bereits ein Jahr früher stattfindet. Zum Auftakt wurde das römische Kolosseum in leuchtendes Rot getaucht. Und auf dem Programm steht unter anderem eine Tibetische Kulturwoche, reduziert auf Tanz und Folklore, organisiert von chinesischen Behörden.

Ann Kathrin Sost (epd)

Restaurierung Canaletto-Panorama Dresdens wieder zu sehen

Dresden (epd). Dresdens berühmtestes Stadtpanorama, der Canaletto-Blick über die Elbe, zeigt sich nach eineinhalbjähriger Restaurierung wieder in altem Glanz. Das Werk ist vom 26. August bis 20. November innerhalb der Reihe »Das restaurierte Meisterwerk« im Zwinger zu sehen, wie die Staatlichen Kunstsammlungen in Dresden mitteilen. Neben einer Restaurierungs- und Forschungsdokumentation werden dort auch weitere »Blicke« und Radierungen Canalettos präsentiert.

Das etwa 1,30 mal 2,40 Meter große Stadtpanorama des venezianischen Malers Bernardo Bellotto (1722-1780), genannt Canaletto, entstand 1748. Unter dem vollständigen Titel »Dresden vom rechten Ufer unterhalb der Augustusbrücke« zeigt es detailgetreu die Dresdner Elbfront mit Frauen- und Hofkirche. Das Bild des Dresdner Hofmalers wurde seit 1834 fast ohne Unterbrechung öffentlich gezeigt und musste grundlegend restauriert werden.

Für die Arbeiten trug der Freundeskreis der Kunstsammlungen »Musei Saxonici Usui« 100.000 Euro aus Spenden zusammen. Zu den prominenten Fürsprechern zählten der Schriftsteller Uwe Tellkamp und der Maler Georg Baselitz.

Romantik, Realismus, Revolution Der »Tag des offenen Denkmals« wird in Trier eröffnet

Mainz (epd). Der bundesweite »Tag des offenen Denkmals« wird am 11. September von der rheinland-pfälzischen Kulturministerin Doris Ahnen (SPD) in der evangelischen Konstantin-Basilika in Trier eröffnet. Unter dem Motto »Romantik, Realismus, Revolution« öffnen in ganz Deutschland rund 7.500 sonst zumeist verschlossene Baudenkmäler ihre Türen.

Die Neuerungen des 19. Jahrhunderts stehen in diesem Jahr im Mittelpunkt der Besichtigungen. Wegen ihrer vielfältigen Geschichte illustrierte gerade die Konstantin-Basilika das Motto, sagte Kulturstaatssekretär Walter Schumacher am Donnerstag in Mainz. Die Kirche sei im 19. Jahrhundert umfangreich rekonstruiert und neu gestaltet worden.

In den vergangenen Jahren nutzten bundesweit mehr als vier Millionen Menschen den Tag, um Einblicke in die Denkmalpflege zu erhalten und einen Blick hinter die Kulissen zu werfen. Der »Tag des offenen Denkmals« ist

seit 1993 der deutsche Beitrag zu den »European Heritage Days« unter der Schirmherrschaft des Europarats. Koordiniert wird er von der Deutschen Stiftung Denkmalschutz.

Internet: www.tag-des-offenen-denkmals.de

Musik Branchentreff »chor.com« im September in Dortmund

Dortmund (epd). Mehr als tausend Teilnehmer werden zum ersten Chor-Branchentreff »chor.com« von 22. bis 25. September in Dortmund erwartet. Die viertägige Veranstaltung sei Kongress, Festival und Messe in einem, wie der Deutsche Chorverband am Freitag in Dortmund ankündigte. Die »chor.com« biete Chorleiterfortbildungen, eine Verlagsmesse mit 50 Ausstellern, mehr als 50 öffentliche Konzerte, Symposien und rund 120 Workshops. Höhepunkt des Festivals sei eine Nacht der Chöre am 24. September mit 30 Konzerten an neun Dortmunder Spielstätten.

Der Chefdirigent des Rundfunkchors Berlin, Simon Halsey, begleite die »chor.com« als »Artist in Residence«, hieß es. Mit dem Rundfunkchor Berlin und bis zu 1.000 Laiensängern werde er bei der Nacht der Chöre Brahms' »Ein deutsches Requiem« als Mitmachkonzert aufführen. »Chormusik ist der Kitt, der die Gesellschaft zusammenhält, eine für alle Menschen offene und praktizierbare Kunstform, die verschiedene Gemeinschaften und Nationalitäten in einer großen, internationalen Bewegung miteinander verbindet«, sagte Halsey.

Internet: www.chor.com; www.deutscherchorverband.de

Auszeichnung Dirigent Barenboim für Friedensnobelpreis im Gespräch

Buenos Aires (epd). Kulturschaffende aus Argentinien wollen den Dirigenten und Pianisten Daniel Barenboim (68) für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen. Eine Initiative aus Verlegern und Künstlern kündigte in der Hauptstadt Buenos Aires an, dem Nobelpreiskomitee in Norwegen einen entsprechenden Vorschlag im September zu unterbreiten. Dazu werde eine Unterstützerliste mit rund 2.500 Unterschriften von bekannten Personen, darunter der peruanische Literaturnobelpreisträger Mario Vargas Llosa, und 180 namhaften Institutionen überreicht, berichtete die Tageszeitung »La Capital« am Donnerstag.

Mit dem Vorschlag soll das Engagement des argentinisch-israelischen Orchesterleiters für den Frieden und die Aussöhnung gewürdigt werden. »Barenboim drückt die Liebe zum friedlichen Dialog aus und hat mit dem Orchester eine Brücke für das Miteinander geschaffen,« erklärte der Initiator und Verleger Isay Klasse.

Barenboim leitet das israelisch-arabische Orchester »West-Eastern Diwan« mit dem er immer wieder an historisch oder politisch wichtigen Orten auftritt. Barenboim gründete das Orchester 1999 in Weimar zusammen mit dem palästinensischen Publizisten Edward Said. Der Name geht auf die Gedichtssammlung »West-östlicher Divan« von Johann Wolfgang von Goethe zurück.

Barenboim wurde 1942 in Buenos Aires geboren. Ab 1967 leitete er das Londoner New Philharmonia Orchestra. Von 1973 bis 1989 war er Chefdirigent des English Chamber Orchestra und von 1987 bis 1989 künstlerischer Direktor der Opéra de la Bastille in Paris. 1975 übernahm er zudem die Nachfolge Georg Soltis als Dirigent des Orchestre de Paris. Von 1991 bis 2006 war er Chefdirigent des Chicago Symphony Orchestra. Seit 1992 ist Barenboim Generalmusikdirektor der Staatsoper Unter den Linden in Berlin sowie Chefdirigent der Staatskapelle Berlin.

KULTUR

Die ideale evangelische Dorfkirche

Neues Buch stellt Schinkels Gotteshaus im saarländischen Bischmisheim vor

Saarbrücken (epd). Er war Stadtplaner, preußischer Oberlandesbaudirektor, Architekt des Königs und er prägte das Stadtbild Berlins. Doch im Gesamtwerk von Karl Friedrich Schinkel (1781-1841) dominieren religiöse Bauwerke wie Kirchen, Kirchtürme und Grabdenkmäler. Über Deutschlands südlichste Schinkelkirche, einen Oktogonalbau in Saarbrücken-Bischmisheim, hat die Kunsthistorikerin Ute Kegel ein Buch geschrieben, das ab dieser Woche im Handel erhältlich ist.

Ein kastaniengesäumter Weg führt direkt auf die Dorfkirche mit ihrer ungewöhnlichen achteckigen Form zu. »Die Harmonie, Atmosphäre und Farbigkeit dieser Kirche haben mich auf Anhieb fasziniert«, sagt die im Elsass lebende Kunsthistorikerin. Der Bau in Saarbrücken-Bischmisheim sei Schinkels Ideal einer evangelischen Dorfkirche und die perfekte Umsetzung seiner religiösen Vorstellungen. Ihr Werk dokumentiere, wie der aus einer Pfarrersfamilie stammende preußische Architekt seine Vorstellungen von Kirchenbauten perfektionierte, bis er fern von Berlin dieses architektonische Kleinod realisierte.

Inspiziert von hugenottischen Kirchenbauten

Als Leiter der Oberbaudeputation war Schinkel dafür zuständig, fast alle staatlichen Bauvorhaben für das Königreich Preußen in ökonomischer, funktionaler und ästhetischer Hinsicht zu überprüfen. Als das Dorf Bischmisheim, damals preußisches Herrschaftsgebiet, in Berlin Zuschüsse für einen langschiffigen Kirchenbau beantragte, fand der eingereichte Plan bei Schinkel keine Zustimmung.



Die Bischmisheimer Schinkelkirche: die ideale evangelische Dorfkirche

epd-bild / Helmut Paulus / evks

Er entwarf stattdessen sein berühmtes Achteck. Bei den Dorfbewohnern löste diese Konstruktion laut Kegel allerdings »großes Entsetzen« aus. Ihnen wäre eine traditionelle Kirche wie in den Nachbardörfern weitaus lieber gewesen.

Schinkel habe aus ökonomischen, ästhetischen und religiösen Gründen für evangelische Kirchen Zentralbauten favorisiert, erläutert die Kunsthistorikerin. Zentrales Element von Schinkels religiösem Verständnis war die Predigt und nach ihr richtete sich auch seine Architektur. Ein Zentralbau ermöglicht es, dass die Gottesdienstbesucher gleichmäßig nah an der Kanzel sitzen und dem Pfarrer zuhören. Kegel zufolge ließ sich Schinkel bei seinen Plänen von hugenottischen Kirchenbauten inspirieren, die von den französischen Glaubensflüchtlingen nach Preußen gebracht wurden.

Unbehagen der Dorfbewohner

Vom romantisierend-neugotischen Stil seiner Jugend war Schinkel schon abgekommen, nun dominierten klassizistische Konzepte. »Ich habe Zitate aus Schinkels allgemeinen Lehrschriften und die konkreten Erläuterungen zur Kirche in Bischmisheim zusammengestellt«, erklärt die Kunsthistorikerin. All dies ergebe, dass nach Schinkels eigenen Maßstäben diese Kirche ein Idealbau sei. »Der natürliche Trieb des Menschen ist der, den Himmel schon auf dieser Erde zu finden, und ewig Dauerndes

zu verflößen in sein irdisches Tagewerk«, notierte der Meister einmal.

Er selbst hat seinen Idealbau übrigens nie gesehen, obwohl er im Jahr 1824, kurz nachdem die Bischmisheimer Kirche fertiggestellt war, auf einer Reise durch die Region kam. Ein kurzer Abstecher hätte sich angeboten. Warum Schinkel darauf verzichtete, lässt sich heute nicht mehr nachvollziehen. Vielleicht war einfach das Wetter zu schlecht, vermutet Kegel. Vielleicht wollte er sich nicht dem Unwillen der Dorfbewohner stellen, die mit der ungewöhnlichen Architektur haderten, vielleicht schreckte ihn auch der tatsächlich dokumentierte »Pfuscher am Bau«.

Die Kirche in Bischmisheim war jedenfalls Schinkels letzter sakraler Zentralbau. Der Baumeister hatte die bestmögliche Form für eine Dorfkirche gefunden und musste diese, so berichtet Kegel, auf Geheiß von König Friedrich Wilhelm III. aufgeben. Der König, der Kanzel und Altar getrennt sehen wollte, ordnete an, dass in Preußen nur noch traditionelle Langkirchen gebaut werden sollten.

Literatur: Ute Kegel: »Schinkels Idealbau einer evangelischen Dorfkirche – Das Oktogon von Bischmisheim«, Verlag arte factum, Karlsruhe 2011, 18 Euro

Marlene Grund (epd)

Medien

Petra Schulze wird neue Rundfunkbeauftragte beim WDR

Düsseldorf (epd). Die westfälische Pfarrerin Petra Schulze wird neue Rundfunkbeauftragte der rheinischen, westfälischen und lippischen Landeskirche beim WDR. Die rheinische Kirchenleitung berief die 45-Jährige zur Nachfolgerin von Landespfarrer Gerd Höft (62), der in den Ruhestand geht, wie das Landeskirchenamt am Mittwoch in Düsseldorf mitteilte. Die bisherige Senderbeauftragte der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) für Deutschlandfunk, Deutschlandradio Kultur und Deutsche Welle in Berlin wird ihren Dienst in Düsseldorf am 1. November antreten.

Die gebürtige Dortmunderin sammelte den Angaben zufolge nach Theologiestudium und Vikariat bereits

journalistische Erfahrungen während eines Sondervikariats beim WDR. Anschließend arbeitete sie als freie Journalistin für den WDR-Hörfunk sowie weitere Sender und schrieb für die westfälische Kirchenzeitung »Unsere Kirche«. Sechs Jahre lang war Schulze für die Öffentlichkeitsarbeit in verschiedenen westfälischen Kirchenkreisen zuständig.

Als Rundfunkbeauftragte pflegt die Theologin die Kontakte zwischen den Landeskirchen und dem Kölner Sender. Außerdem verantwortet sie Fernseh- und Rundfunkgottesdienste sowie die täglichen Andachten in den Hörfunkprogrammen. Zu ihren Aufgaben gehört auch die Anleitung, Beratung und Fortbildung der Autoren der kirchlichen Sendungen. Die im WDR ausgestrahlten Gottesdienste erreichen nach Angaben der rheinischen Kirche im Durchschnitt 150.000 Hörer, die täglichen Andachten etwa zwei Millionen.

Filme der Woche

»Die drei Musketiere« - »Kill the Boss« - »Mein bester Feind« - »How I Ended This Summer«

Frankfurt a.M. (epd). Wie im gleichnamigen Roman von Dumas kämpfen Athos, Porthos und Aramis gemeinsam für Ehre und Treue, König und Vaterland und müssen dabei gegen die trickreiche M'Lady de Winter (Milla Jovovich) und Kardinal Richelieu (Christoph Waltz) ankommen. Zu Hilfe kommt ihnen der junge D'Artagnan. Paul W.S. Anderson inszeniert den Mantel- und Degen-Klassiker untypisch modern mit verschiedenen Actionszenen und einer grandiosen Luftschlacht - wie es sie sonst nur in Comics zu sehen gibt.

Die drei Musketiere (F/USA/GB/D 2011). R: Paul W.S. Anderson. B: Alex Litvak, Andrew Davies. Mit Logan Lerman, Milla Jovovich, Ray Stevenson, Luke Evans, Matthew Macfadyen, Orlando Bloom, Christoph Waltz, Til Schweiger, Mads Mikkelsen. L: 105 Min.

»Kill the Boss«

Der brave Büroangestellte Nick (Jason Bateman) wird aufs Schlimmste von seinem Boss David (Kevin Spacey) gemobbt, genauso wie der Zahnarztassistent Dale (Charlie Day) von seiner sexuell frustrierten Chefin Julia (Jennifer Aniston), und der Firmenmanager Kurt muss seinen drogensüchtigen Vorgesetzten Bobby (Colin Farrell) ertragen. Die drei sehen schließlich nur noch einen Ausweg aus ihrem Arbeitsleben: den Auftragskiller Motherfucker Jones (Jamie Foxx). Die schwarze Komödie besticht vor allem durch ihre hochkarätige Besetzung und würde mit ihren mordlüsternen Hauptdarstellern Alfred Hitchcock sicher Freude bereiten.

Kill the Boss (USA 2011). R: Seth Gordon. B: Michael Markowitz, John Francis Daley. Mit Jason Bateman, Jason Sudeikis, Colin Farrell, P.J. Byrne, Kevin Spacey, Charlie Day, Donald Sutherland, Jennifer Aniston, Jamie Foxx. L: 98 Min.

»Mein bester Feind«

In Wolfgang Murnbergers Nazi-Komödie wird der im KZ sitzende jüdische Kunsthändlerssohn Victor Kaufmann (Moritz Bleibtreu) zu einem dringend benötigten Helfer für eine Mission der Wiener Nazis. Er kennt als einziger Überlebender das Versteck einer wertvollen Michelangelo-Zeichnung, die sie zur Ankurbelung ihrer Italien-Beziehungen brauchen. In Gestapo-Uniform muss Victor seine Schauspielkünste unter Beweis stellen, und einige Verwicklungen befördern dabei seinen ehemals besten Freund (Georg Friedrich) und jetzigen Feind Victor in Häftlingsklamotten. Mit viel Spielwitz brillieren Bleibtreu und Friedrich in der Verstellungsgeschichte, die manchmal allerdings etwas brav daher kommt.

Mein bester Feind (Österreich/Luxemburg 2011). R: Wolfgang Murnberger. B: Paul Hengge. Mit Moritz Bleibtreu, Georg Friedrich, Ursula Strauss, Udo Samel, Marthe Keller, Uwe Bohm, Christoph Luser, Serge Falck. L: 105 Min.

»How I Ended This Summer«

Zwischen Komödie und Drama wechselnd, erzählt der Film des russischen Regisseurs Alexei Popogrebsky (»Koktebel«) von zwei Männern, Pavel und Sergei, die auf einer Wetterstation in der Arktis arbeiten. Mit spektakulären Bildern vom ewigen Eis und dem endlosen Horizont wird vor allem eines dem Zuschauer klar: wie einsam die beiden Männer sein müssen. Die schwierige Arbeitssituation führt schließlich dazu, dass Sergej durchdreht. Beide werden zu bitteren Feinden. Das Katz-und-Maus-Spiel wirkt dennoch ruhig, lakonisch und dokumentarisch.

How I Ended This Summer (Russland 2010). R, B: Alexei Popogrebsky. Mit Grigory Dobrygin, Sergei Puskepalis, Igor Chernevich, Ilya Sobolev, Artyom Tsukanoc. L: 129 Min.

www.epd-film.de

Hungerkrise auch wegen hoher Lebensmittelpreise

Weltbank: Krise trifft auch Menschen mit geringem Wohlstand

Washington (epd). Die hohen Lebensmittelpreise sind mitverantwortlich für die Hungerkrise in Ostafrika. Nahrungsmittel kosteten derzeit fast so viel wie zu Rekordzeiten im Jahr 2008, heißt es in einem am 15. August in Washington veröffentlichten Bericht der Weltbank. »Nirgendwo verursachen hohe Lebensmittelpreise, Armut und Instabilität zusammen solches Leid wie am Horn von Afrika«, sagte Weltbank-Präsident Robert Zoellick. Während der vergangenen drei Monate starben in Somalia demnach 29.000 Kinder unter fünf Jahren. Etwa 600.000 Kinder in der Region seien gefährdet.

Auch das Welternährungsprogramm (WFP) hob den Zusammenhang zwischen Hungerkrise und Lebensmittelpreisen hervor. »Die Menschen können sich die Lebensmittel nicht leisten, selbst wenn noch welche da sind«, sagte der Leiter des Berliner WFP-Büros, Ralf Südhoff, dem epd. Diese Krise treffe also auch Menschen, die sich einen geringen Wohlstand erarbeitet hatten und der Armut entflohen waren: »Denn die stellen jetzt fest, dass ihnen davon nichts übrig bleibt.«

Große Preisschwankungen

Laut dem Weltbank-Bericht blieben die weltweiten Lebensmittelpreise im Juli deutlich höher als im Vorjahr. Nahrungsmittel kosteten im vergangenen Monat insgesamt 33 Prozent mehr als im Juli 2010. Die Preise für Rohstoffe wie Mais (plus 84 Prozent), Zucker (plus 62 Prozent), Weizen (plus 55 Prozent) und Soja-Öl (plus 47 Prozent) hätten einen bedeutenden Anteil daran. Der hohe Ölpreis (plus 45 Prozent) steigere zudem die Produktionskosten. Viele Preise zeigten große Schwankungen und seien Ende des ersten Halbjahres vorübergehend gesunken, um im Juli wieder deutlich zu steigen.

Südhoff betonte, die Krise könne nur bewältigt werden, wenn die Produktion vor Ort ausgeweitet werde. Zudem müsse die Spekulation eingedämmt werden. »Denn eigentlich sind hohe Preise eine Chance für die Bauern.« Durch die starken Preisschwankung in Folge der Spe-



Mütter mit ihren unterernährten Kindern im Benadir-Krankenhaus in Somalias Hauptstadt Mogadischu.

epd-bild / Bettina Rühl

kulation könnten die Landwirte aber nicht planen. Die Weltbank warnt in ihrem Bericht vor einer voraussichtlich andauernden Instabilität der Preise.

Getreide extrem verteuert

In Somalia haben sich Getreidesorten, die für den täglichen Gebrauch vor Ort produziert werden, seit Oktober 2010 laut Studie extrem verteuert. So kostete rote Hirse 240 Prozent und weißer Mais 154 Prozent mehr. Aber auch die Preise für Importgüter wie Reis, Zucker, Speiseöl und Treibstoff seien deutlich höher als vor einem Jahr.

Von den 3,7 Millionen Menschen in Somalia, die von der Hungerkrise betroffen sind, bräuchten 3,2 Millionen dringend Hilfe, hieß es im Bericht. Dabei litten arme Kleinbauern, die keine Vorräte und kein Geld haben, um Lebensmittel zu kaufen, am meisten. Die Weltbank stellt 686 Millionen US-Dollar für die Menschen in der Region zur Verfügung.

Nach UN-Schätzungen sind am Horn von Afrika mehr als zwölf Millionen Menschen infolge einer schweren Dürre von Hunger bedroht. Zehntausende sind bereits wegen Unterernährung gestorben.

Somalia

Diakonie: Hunger in Mogadischu allgegenwärtig

Mogadischu/Frankfurt a.M. (epd). Der Hunger ist in Somalias Hauptstadt Mogadischu nach den Worten von Entwicklungshelfern allgegenwärtig. »Tausende Menschen drängen aus den Dürregebieten in die Stadt und erzählen, dass sie aus Dörfern kommen, in denen niemand mehr ist«, sagte der Sprecher von Diakonie Katastrophenhilfe und »Brot für die Welt«, Rainer Lang, am Donnerstag in einem epd-Gespräch.

Der Anblick der Menschen in der komplett vom 20-jährigen Bürgerkrieg zerstörten Stadt sei schrecklich, sagte Lang telefonisch aus Mogadischu. »Man sieht viele unterernährte Kinder, bei denen man nicht weiß, ob sie überleben.« Dennoch hätten die Menschen in der Stadt Hoffnung, seit sich die radikalislamischen Al-Schabaab-Milizen aus der Stadt zurückgezogen haben.

»In den von den Islamisten kontrollierten Gebieten gibt es kaum Lebensmittel und vor allem keine medizinische Versorgung«, berichtete Lang. Die Kämpfer verließen die Stadt vor knapp zwei Wochen, kontrollieren jedoch weiterhin weite Teile des Landes. »Einige der von Al-Schabaab verlassenen Viertel sind Geisterstädte, und das Ausmaß der Zerstörung ist unglaublich.«

Die Flüchtlinge in Mogadischu haben sich Lang zufolge mit Plastikplanen und Stoffetzen Notunterkünfte in den Ruinen gebaut. »Auch in der Kathedrale, die von den Kämpfen völlig zerstört ist, leben Menschen«, schilderte Lang. Der Bedarf nach Hilfsgütern sei sehr groß, bislang könne er nicht gedeckt werden. Für die Helfer sei das eine schwierige Situation.

»Gleichzeitig sagen sie, dass jetzt, nach dem Rückzug der Al-Schabaab, endlich Zugang zu den Menschen möglich ist«, betonte Lang. Sie hätten jetzt endlich das Gefühl, wirklich helfen zu können. Die große Unterstützung von außen sei für die somalischen Mitarbeiter von Hilfswerken ein wichtiges Signal: »Sie sehen es als Bestätigung dafür, dass sie jahrelang unter Lebensgefahr gearbeitet haben.« *epd-Gespräch: Natalia Matter*

Somalia

Entwicklungsdienst mahnt politische Lösung an

Bonn (epd). Der Evangelische Entwicklungsdienst EED mahnt politische Lösungen zur Überwindung der Hungersnot in Somalia an. Nach der humanitären Nothilfe müssten die Landwirtschaft stärker entwickelt werden sowie ein Gesundheitssystem und soziale Vorsorge aufgebaut werden, erklärte der Friedens- und Konfliktperte des EED, Wolfgang Heinrich, am Freitag in Bonn. Dazu müssten jedoch die Konflikte im Land beendet sein. Diese ließen sich nicht durch militärische Interventionen von außen lösen.

Der Weg zu einer Waffenruhe und zu einem friedlichen nationalen Dialog führe nur über direkte Verhandlungen mit allen Parteien, unterstrich der Experte des EED. Die internationale Staatengemeinschaft und öffentlichen Geber sollten neben der humanitären Nothilfe ausreichende Mittel für Rückkehr, Rehabilitation und Verbesserung der Lebensbedingungen der Landbevölkerung bereitstellen, ohne sie mit politischen Konditionen zu verknüpfen.

Schwache Solidarität

Afrikaner fordern von ihren Regierungen mehr Hilfe für die Hungernden

Nairobi (epd). Wenn jemand absichtlich wegsieht, dann klümpern Mary, Jennifer und John mit ihren Büchsen, um Aufmerksamkeit zu erregen. »Dann wirft der eine oder andere doch noch mal was ein«, sagt der elfjährige Schuljunge. Bis zum Abend soll seine Büchse voll sein, dann geht das Geld zur Zentrale von 'Kenianer helfen Kenianern'. Das Rote Kreuz, das die Initiative mit ins Leben gerufen hat, spricht von mehr als drei Millionen US-Dollar, die innerhalb von kaum mehr als zwei Wochen zusammen gekommen sind.

Selbst arme Kenianer spenden soviel sie können, um den hungernden Landsleuten im Norden zu helfen. Die Schüler Mary, Jennifer und John haben eigentlich Schulferien. Doch sie helfen, anstatt zu Hause zu spielen. »Jeder muss einen Beitrag leisten«, sagt die zehnjährige Mary. »Das ist meiner.« Die zwei Jahre ältere Jennifer nickt. »Ich frage mich nur, warum unsere Regierung nichts tut - was wir können, müssen die doch schon lange können.«

Viele Kenianer schämen sich, dass im reichsten Land Ostafrikas Menschen wegen Hunger sterben. Doch zur Scham gesellt sich immer öfter auch Wut. »Die Hun-

gernden leben unter unakzeptablen Bedingungen«, sagt Kenias Rot-Kreuz-Chef Abbas Gullet. »Als eine Nation, die seit einem halben Jahrhundert unabhängig ist, können wir auf das, was sich derzeit abspielt, wirklich nicht stolz sein.«

Scham und Wut

Und Kenia steht nicht alleine da. Von allen afrikanischen Staaten haben bislang nur vier überhaupt Hilfe für die Dürreopfer am Horn von Afrika zugesagt, ärgert sich Irungu Houghton von der Hilfsorganisation Oxfam. »Länder wie Nigeria, Südafrika oder Algerien sollten problemlos mindestens sechs Millionen US-Dollar aufbringen können.«

Südafrika hat bislang eine Million Dollar zugesagt - mehr als jeder andere Staat in Afrika. »Kenianische Bürger haben in nur zwei Wochen fast das dreifache gesammelt«, betont Houghton. »Südafrika sollte eine Vorreiterrolle spielen, damit auch andere ausreichend Hilfe leisten.« 50 Millionen Dollar aus afrikanischen Staatskassen fordert der Oxfam-Afrikadirektor. Wenn diese Summe bis zum Gipfel der Afrikanischen Union am kommenden Donnerstag nicht zusammenkommt, will er die knausrigen Regierungschefs öffentlich anprangern.

Zu denen, die die Kampagne 'Africans Act for Africa' (etwa: Afrikaner, tut etwas für Afrika) unterstützen, gehören auch viele Künstler. Der über Kenias Grenzen hinaus bekannte Rapper Nameless etwa wirbt im Internet auf YouTube und Facebook für ein stärkeres Engagement der afrikanischen Regierungen. Die kenianische Sängerin

Sara Mitaru fordert: »Wir müssen es endlich hinbekommen, dass Afrika sich selbst mit Nahrungsmitteln versorgt.« Nur dann sei der Kontinent wirklich unabhängig.

»Krise war vorhersehbar«

Wie viele Kenianer wirft auch Mitaru der kenianischen Regierung schwere Fehler vor. »Diese Krise war vorhersehbar«, sagt sie. »Wenn die Regierung ihren Job gemacht hätte, müsste heute niemand hungern und erst recht nicht sterben.« Kenias Rot-Kreuz-Chef Gullet teilt diese Einschätzung. Im Januar forderte er die Regierung auf, sich auf einen Notstand vorzubereiten. Doch die winkte ab - die Nachricht war zu unpopulär. »Zwei Minister haben sogar gesagt: es gibt genug zu essen in Kenia, niemand wird hungern müssen.« Nur wenige Monate später mussten auch sie einräumen, Unrecht gehabt zu haben.

Die Vorwürfe gehen jedoch weiter. Nicht wenige Kenianer glauben, dass einige Politiker vom Hunger profitieren, weil sie Teil der Maismafia sind, die den Preis für das Hauptnahrungsmittel im Land künstlich hoch hält. Belege dafür gibt es freilich nicht, auch wenn in der Vergangenheit ähnliche Skandale aufgedeckt wurden. Die Existenz der Kartelle jedenfalls bestätigt Wolfgang Fengler, Chefökonom der Weltbank in Kenia. »Eine kleine Gruppe von Maisfarmern dominiert das System und profitiert von den hohen Preisen«, sagt er. »Die breite Masse leidet darunter, hat aber nicht die politische Macht, Änderungen herbei zu führen.«

Von Marc Engelhardt (epd)

Zentrale Anlaufstelle Straffere Zusammenarbeit mit Entwicklungsorganisationen

Berlin (epd). Bundesentwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) will die Zusammenarbeit mit den Entwicklungshilfeorganisationen in Deutschland bündeln und reformieren. Im kommenden Jahr werde in Bonn eine zentrale Anlauf- und Koordinierungsstelle mit 145 Mitarbeitern eingerichtet, erklärte Entwicklungs-Staatssekretär Hans-Jürgen Beerfeltz am Dienstag in Berlin. In der neuen Servicestelle gehen acht bisherige Büros auf, darunter die Organisation des Jugendfreiwilligendienstes »weltwärts«.

Ziel ist Beerfeltz zufolge, die zersplitterte Zusammenarbeit des Entwicklungsministeriums (BMZ) mit NGOs und Kommunen zusammenzufassen. Er wertete das Vor-

haben als den zweiten Schritt der Strukturreformen in der Entwicklungspolitik. Im vergangenen Jahr war die staatliche technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern in der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) fusioniert worden. Dabei ging es um Tausende von Mitarbeitern.

Die Anlaufstelle in Bonn soll auch der Bevölkerung die Orientierung unter den zahlreichen Programmen und Ansprechpartnern erleichtern. Die Servicestelle soll noch einen Namen und eine einprägsame Telefonnummer bekommen.

Beerfeltz zeigte sich zuversichtlich, dass die Umsetzung des Vorhabens gesichert ist. Das Entwicklungsministerium kann nach dem Haushaltsentwurf für 2012 mit einer Aufstockung seiner Mittel für die Förderung nichtstaatlicher Organisationen um 31 Millionen auf 171

Millionen Euro rechnen. Das Personal in der neuen Anlaufstelle in Bonn wird gegenüber der Zahl der bisher mit den Programmen beschäftigten Mitarbeiter nicht aufgestockt.

Nach Angaben von Beerfeldt fördert das Entwicklungsministerium pro Jahr 1.780 deutsche Nichtregierungsorganisationen, die unter anderem 7.610 Fachkräfte und Freiwillige in mehr als 100 Länder entsenden. Neben der Haupt-Servicestelle in Bonn sollen auch einige regionale Büros in einzelnen Bundesländern eingerichtet werden.

UN-Millenniumsziele

Bamberger Erzbischof Schick: Deutschland tut zu wenig

Madrid/Bamberg (epd). Deutschland muss sich nach Ansicht des katholischen Bamberger Erzbischofs Ludwig Schick stärker für die UN-Millenniumsziele einsetzen. Das Bundesentwicklungsministerium tue zu wenig, um die von der Staatengemeinschaft beschlossenen Ziele zur Armutbekämpfung zu erreichen, sagte der Vorsitzende der Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz laut Redemanuskript am Donnerstag beim Weltjugendtag in Madrid: »Von dem Millenniumsziel, bis zum Jahr 2015 den Hunger in der Welt zu halbieren, sind wir weit entfernt.«

Die Kirche sei gefordert, die Politik stärker in die Pflicht zu nehmen, sagte Schick. Zugleich forderte er die deutschen Jugendlichen in Madrid zu einem verstärkten sozialen Engagement auf. »Wer mitbestimmen will, muss auch mitarbeiten.« Er lud die Jugendlichen ein, sich vermehrt für den Bundesfreiwilligendienst, das Freiwillige Soziale Jahr oder entwicklungspolitische Programme zu engagieren. »Ihr müsst mit anpacken, eure Zukunft steht auf dem Spiel«, sagte Schick.

Armut

Entwicklungsorganisationen starten Online-Spiel

Berlin (epd). Mit einem Online-Spiel auf Facebook wollen deutsche Entwicklungsorganisationen junge Leute für den globalen Kampf gegen die Armut begeistern. In dem 2D-Game »SuperActivist« müssen Nutzer des sozialen Netzwerkes in einer virtuellen Stadt eine Reihe von Aufgaben meistern, teilte der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) am 15. April in Berlin mit. So sollen sich die Spieler

unter anderem für mehr Entwicklungshilfe und globale Solidarität einsetzen.

Konzipiert wurde das Spiel im Auftrag von VENRO von Studenten des gameslab, dem Zentrum für digitale Spiele der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) in Berlin. Mit ihm sollen dringend notwendige neue Wege bei der Ansprache von jungen Leuten für entwicklungspolitische Themen besprochen werden, erklärte der VENRO-Vorsitzende Ulrich Post. Junge Leute wollten sich engagieren, und zwar auf eine ihnen angemessene Art und Weise. Die Nutzung sozialer Netzwerke im Internet sei eine solche Möglichkeit, sagte Post.

Mitgespielt werden kann unter www.facebook.com/deinestimmegegenarmut. Den Angaben zufolge hat Facebook in Deutschland derzeit 20 Millionen aktive Nutzer.

Vereinte Nationen

Untersuchung der Gewalt in sudanesischer Grenzregion

Genf (epd). Die Vereinten Nationen haben eine Untersuchung der Gewalt in der sudanesischen Grenzregion Süd-Kordofan gefordert. Im vergangenen Juni, kurz vor der Unabhängigkeit des Südsudan, sei es in der Region zu schweren Verbrechen gekommen, teilten die UN am 15. August in Genf mit. Eine vorläufige Untersuchung durch das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte und die frühere UN-Friedensmission im Sudan (UNMIS) habe ergeben, dass es sich bei den Übergriffen um Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Kriegsverbrechen handeln könnte.

Der Bericht listet zahlreiche mutmaßliche Rechtsbrüche in der Stadt Kadugli und in den Nuba-Bergen auf, nachdem am 5. Juni Kämpfe zwischen der sudanesischen Armee und südsudanesischen Kräften ausbrachen. Es habe außergerichtliche Hinrichtungen, willkürliche Festnahmen und illegale Verhaftungen gegeben. Menschen seien verschwunden, Zivilisten angegriffen und Häuser ausgeraubt worden. Für die meisten Verbrechen seien die Sicherheitskräfte des Sudan verantwortlich.

Sollten sich die Gewalttaten als Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Kriegsverbrechen erweisen, könnte der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag juristisch gegen die Verantwortlichen vorgehen. Gegen den sudanesischen Präsidenten Omar Hassan al-Baschir liegt bereits ein internationaler Strafbefehl wegen Kriegsverbrechen in der westsudanesischen Region Darfur vor.

Die Region Süd-Kordofan gehört geografisch zum arabisch-islamisch geprägten Sudan. Die Menschen füh-

len sich jedoch weitgehend dem Südsudan zugehörig, dessen Bevölkerung vor allem alten afrikanischen Religionen und dem Christentum folgen. Der Südsudan wurde am 9. Juli unabhängig, nachdem sich im Januar eine überwältigende Mehrheit der Südsudanesen für die Loslösung vom nördlichen Sudan ausgesprochen hatten.

Kindernothilfe

Wiederaufbau in Haiti gestaltet sich schwierig

Duisburg (epd). Rund anderthalb Jahre nach dem verheerenden Erdbeben in Haiti hat sich die Situation der Menschen in dem Karibikstaat kaum gebessert. Noch immer lebten rund 700.000 Überlebende in Notunterkünften, berichtete der Direktor der Kindernothilfe in Haiti, Alinx Jean-Baptiste, am Donnerstag in Duisburg. Eins der Hauptprobleme sei, dass es noch immer keine handlungsfähige Regierung gebe. Der neue Präsident Michel Martelly habe zwar Rückhalt in der Bevölkerung, aber keine Unterstützung der Parteien. Bei dem Erdbeben im Januar 2010 kamen nach Schätzungen rund 220.000 Menschen ums Leben.

Auch vonseiten der reichen Oberschicht, die die komplette Wirtschaft des Landes kontrolliere, ist nach Jean-Baptistes Einschätzung keine Hilfe zu erwarten. Sie verdiene vielmehr noch am Wiederaufbau, da ihre Firmen an den Importen und Aufbauten direkt beteiligt seien. Die Hauptlast der sozialen Arbeit im Land trügen somit Nichtregierungsorganisationen aus dem Ausland, die untereinander ihre Hilfe koordinierten und abstimmten.

In einigen Teilbereichen seien jedoch auch kleine Erfolge zu verbuchen, sagte der Kindernothilfe-Mitarbeiter. So stabilisiere sich das Bildungswesen auf einem geringen Niveau: »Haitis Kinder haben wieder eine Chance auf Bildung.« Zwar seien noch längst nicht alle Schulen wieder aufgebaut. »Doch das Netz an Übergangschulen ist so dicht, dass sich der chronische Bildungsnotstand nicht verschärft«, sagte Jean-Baptiste. Bei dem Erdbeben waren rund 80 Prozent aller Schulen Haitis zerstört worden.

Die Kindernothilfe unterhält zurzeit in Haiti 28 Projekte, in denen 11.000 Kinder versorgt werden. Diese Kinderschutzzentren sollen langfristig in Schulen umge-

wandelt werden. Zudem baut die Kinderhilfsorganisation neue Schulen. Rund 15 Millionen Euro an Spenden für Haiti konnte die Kindernothilfe bislang verbuchen.

UNICEF

Zwölf Millionen Kinder in Südafrika leben in Armut

Johannesburg/Soweto (epd). Etwa zwölf Millionen Kinder in Südafrika leben nach UN-Schätzungen in Armut. Die weltweite Rezession habe die schwierige Lage der Kinder noch verschlechtert, berichtete die südafrikanische Tageszeitung »The Times« am Dienstag unter Berufung auf eine UNICEF-Studie. Durch den Konjunktur-Rückgang habe annähernd eine Million Menschen ihre Arbeit verloren. Die Auswirkung davon spürten besonders die Kinder in ohnehin schon armen Haushalten. Mehr als 65 Prozent der südafrikanischen Kinder gelten demnach als arm.

Laut der UNICEF-Studie haben Familien in Südafrika immer weniger Geld für Nahrungsmittel und müssen zunehmend Mahlzeiten ausfallen lassen. Auch den Schulbesuch der Kinder könnten viele Familien nicht mehr finanzieren. Insgesamt leben in dem Schwellenland etwa 52 Prozent der Bevölkerung in Armut.

»Südafrika hat entscheidende Maßnahmen der Sozialhilfe eingeführt«, betonte der Sozialexperte des Kinderhilfswerks, George Layea-Adjei. Die Kinderbeihilfe von monatlich 190 Rand (rund 18 Euro) zeige deutlich positive Effekte und habe die Rezession abgemildert. In Südafrika steht jedem Kind bis zu 14 Jahren, dessen Eltern weniger als 1.200 Rand (rund 117 Euro) im Monat verdienen, eine monatliche Beihilfe zu.

»Wir werden unsere Sozialhilfeleistungen weiterhin ausbauen«, kündigte Sozialministerin Bathabile Dlamini bei der Veröffentlichung des Berichts an. Das Recht auf soziale Sicherheit sei in Südafrikas Verfassung festgelegt, die Regierung sei also dazu verpflichtet, Familien zu unterstützen.

UNICEF forderte Südafrikas Regierung dazu auf, die Sozialhilfe auf mehr Kinder und auch Jugendliche auszuweiten. Jugendliche zwischen 15 und 17 Jahren erhalten keinerlei Sozialhilfe und sind laut Studie der Armut schutzlos ausgeliefert. Bislang erhalten nach Regierungsangaben 7,2 Millionen Kinder Sozialhilfe.

Keine neoliberalen Rezepte mehr

Gegen die Finanzkrise setzt Brasilien auf Schutzmaßnahmen und regionale Integration

Porto Alegre (epd). Demonstrativ gelassen verfolgt Brasiliens Präsidentin Dilma Rousseff die bisherigen Turbulenzen an den Finanzmärkten. Gegen eine Ansteckung durch die Schuldenkrise in den USA und Europa setzt Brasilien auf Barrieren gegen Spekulationskapital und Dumpingimporte. Mit den Nachbarn in Südamerika will die Regionalmacht noch enger zusammenrücken.

»Wir wissen nicht genau, was auf uns zukommt«, gestand Rousseff dem Wochenmagazin »Carta Capital«. Wegen der höchst sensiblen Lage will die studierte Ökonomin ihr »Rezept« nicht verraten. Die punktuellen Maßnahmen, die die brasilianische Mitte-Links-Regierung bereits seit Wochen ergreift, würden allerdings fortgesetzt, kündigte sie an.

Zunahme von Importen bereitet Sorgen

Sorgen macht der Staatschefin vor allem die Zunahme der Importe, die durch die massive Aufwertung der Landeswährung Real in den vergangenen Jahren begünstigt wurde: Brasilien dürfe nicht mit importierten Produkten überflutet werden, die durch »unfaire, oft sogar perverse Konkurrenz« künstlich verbilligt seien - brasilianische Arbeitsplätze stünden auf dem Spiel, sagte Rousseff.

Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Während Brasiliens Importe in den ersten sieben Monaten 2011 um 32 Prozent gegenüber dem Vorjahr zunahm, stagniert die einheimische Industrie. Dem sogenannten Big-Mac-Index des britischen Magazins »Economist« zufolge, mit dem man die Kaufkraft diverser Währungen recht genau messen kann, ist der Real im Vergleich zum Dollar derzeit um rund 50 Prozent überbewertet.

Freilich liegt das auch an der brasilianischen Hochzinspolitik, einem klassisch liberalen Instrument zur Inflationsbekämpfung. Trotz einer neuen Finanztransaktionssteuer ziehen die hohen Zinsen enorme Mengen von spekulativem Finanzkapital aus den Industrieländern an. Während der Turbulenzen der vergangenen Woche floss jedoch ein Teil davon wieder ab.

Zugleich werden die brasilianischen Exportprodukte immer weniger wettbewerbsfähig. Sinkende Rohstoffpreise für Mineralien oder Soja könnten sich ebenfalls bald negativ in der Exportbilanz niederschlagen. Finanzminister Guido Mantega beklagt, die USA versuchten, ihre Wirtschaftskrise auch mit einem schwachen Dollar über den Export zu lösen.

Bevorzugung einheimischer Firmen

Gegen diesen »Währungskrieg« verkündete er weitere Steuern auf Finanztransaktionen und größere Kontrollen bei Termingeschäften. Einheimische Firmen werden bei öffentlichen Aufträgen bevorzugt, Technologieunternehmen bekommen günstige Kredite. Zudem dürfen sich personalintensive Firmen der Branchen Bekleidung, Möbel, Software und Schuhe, aber auch Kleinunternehmer generell über Steuererleichterungen und die Streichung von Sozialabgaben freuen.

Mit diesen Maßnahmen setzt sich Brasilien gezielt von den neoliberalen Rezepten ab, die in den USA und Europa dominieren. »Anstatt den Kurs zu ändern, reagiert man dort mit dem, was die Krise ausgelöst hat«, kritisiert Rousseff: In den USA schrumpfte die Rolle des Staates weiter, den krisengeschüttelten Ländern Südeuropas verordne ein übernationaler Staat weitere Sparmaßnahmen.

Brasilien hingegen möchte die sozialdemokratisch grundierte Integration Südamerikas weiter vorantreiben, die im vergangenen Jahrzehnt begonnen wurde: Mitte August beschlossen die Finanzminister der zwölf südamerikanischen Staaten in Argentinien Hauptstadt Buenos Aires, einen regionalen Fonds einzurichten, um antizyklisch auf die Auswirkungen der Krise in der Region reagieren zu können.

»Unsere Märkte sind dynamischer als jene der Industrieländer, unsere Finanzen solide«, erklärte der Brasilianer Mantega. Optimistisch fügte er hinzu, Lateinamerika habe das Zeug, im 21. Jahrhundert zu einem »globalen Entwicklungspol« zu werden. *Gerhard Dilger (epd)*

Verhängnisvolle E-Mails aus dem Dschungel

Im Stuttgarter Prozess gegen Milizenchefs im Kongo wurden belastende Indizien vorgelegt

Stuttgart (epd). Die Telefonleitung rauscht, bevor eine hohe, forschere Männerstimme zu hören ist. »Wir kämpfen gegen mächtige Leute und mächtige Länder«, sagt der Chef der im Kongo kämpfenden Hutu-Miliz FDLR, Ignace Murwanashyaka, zu seinem Stellvertreter. »Die Angelegenheiten werden sich ändern, sobald wir den Krieg gewonnen haben,« übersetzt der Dolmetscher aus der Sprache Kynarwanda, als die Aufnahme vor dem Stuttgarter Oberlandesgericht vorgespielt wird.

Seit Anfang Mai müssen sich Murwanashyaka und sein Vize Straton Musoni wegen Kriegsverbrechen im Ostkongo verantworten. Die beiden Ruander sollen von Deutschland aus die Rebellen-Gruppe (»Demokratische Kräfte zur Befreiung Ruandas«) gesteuert haben. Nach einer Sommerpause wird der Prozess am 12. September fortgesetzt. Dann werden auch Zeugen erwartet, die zu Massakern und Vergewaltigungen in Zentralafrika aussagen.

Abgehörte Telefonate sind ebenso wie E-Mails und SMS-Nachrichten wichtige Beweismittel der Generalbundesanwaltschaft. Die Anklage macht die beiden Ruander für Kriegsverbrechen in 39 Fällen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in 26 Fällen im Ostkongo 2008 und 2009 verantwortlich.

Neuland für deutsche Justiz

Es ist der erste Prozess in Deutschland nach dem Völkerstrafgesetzbuch von 2002, das die Verfolgung von Kriegsverbrechen regelt, auch wenn sie im Ausland und ohne deutsche Beteiligung begangen wurden. Die zentrale Frage ist, inwieweit die beiden Angeklagten tatsächlich die Kontrolle über die Miliz im Kongo hatten - oder zumindest die Verbrechen der FDLR billigend in Kauf nahmen.

Vor Gericht wurden E-Mails und SMS-Nachrichten verlesen, die Murwanashyaka über die Operationen im Kongo informierten. »Haben Dorf in Brand gesetzt«, heißt es beispielsweise in einer E-Mail vom 12. März 2009 - und dass es 65 Tote aufseiten des Feindes gegeben habe. »Wir grüßen Sie, Exzellenz«, steht in einer SMS an Murwanashyaka, mit der er am 17. Mai 2009 von den Einzelheiten eines Massakers in dem Dorf Busurungi erfuhr. Dort waren Ende April 2009 mindestens 96 Zivilisten brutal niedergemetzelt worden.



Ignace Murwanashyaka, Anführer der im Kongo kämpfenden Hutu-Miliz FDLR ("Demokratische Kräfte zur Befreiung Ruandas"), im Gerichtssaal des Stuttgarter Oberlandesgerichts.

epd-bild / Gerhard Bäuerle

Unterdessen versucht die Verteidigung darzulegen, dass der 48-jährige Ruander keine Kontrolle über die FOCA, den bewaffneten Arm der FDLR, hatte. Doch in einem Telefongespräch sagte Murwanashyaka: »Ich berate mich direkt mit den kämpfenden Einheiten. Es ist nicht nötig, mit dem Oberkommando zu sprechen.«

Auffällig ist, wie oft der Katholik religiöse Begriffe verwendet. In einem Telefonat spricht er mit seinem Stellvertreter über abtrünnige FDLR-Kämpfer: »Die, die desertieren [...] sind Leute, die nicht beten. Sie sind dem Alkohol verfallen oder die ganze Zeit mit dem Geld beschäftigt.« Wer dagegen jeden Tag bete, sei standhaft und habe diese Probleme nicht.

Nach Einschätzung der Ruanda-Expertin Ilona Auer-Frege ist der Glaube fest in der Denk- und Lebenswelt des FDLR-Chefs verankert. Aber er verwende die Religion auch aus machtpolitischen Interessen, um die Taten der FDLR religiös zu überhöhen, sagt die Koordinatorin des »Ökumenischen Netzwerkes Zentralafrika« in Berlin.

Im Gegensatz zum FDLR-Chef gibt sich der Vize Musoni am Telefon wesentlich einsilbiger. Oft hört man nur ein tiefes Brummen, während Murwanashyaka ihn auffordert, aktiver in der Leitung der FDLR zu werden, weil er befürchtet, dass er bald ins Gefängnis kommt. Musoni rät immerhin dem Chef, die Kämpfer im Kongo sollten die Satellitentelefone aus Sicherheitsgründen nur anschalten, wenn es notwendig ist.

Pikantes Detail

Auch ein pikantes Detail wird in dem Prozess bekannt: Musoni erwähnt, dass er Kurznachrichten von den Kämpfern im Kongo auf dem Diensttelefon des baden-württembergischen Justizministeriums empfing. Dort arbeitete er eine Zeitlang im Dienst einer externen Firma als Computerspezialist.

Weil die deutsche Justiz mit dem Prozess Neuland betritt, wird mit einer Verfahrensdauer von bis zu zwei

Jahren gerechnet. Auch die Verteidigung ist sehr aktiv: In den bisher 23 Verhandlungstagen stellte sie mehrere Befangenheitsanträge gegen die Richter, verlangte den Ausschluss der Öffentlichkeit, erklärte den Gerichtsdolmetscher für unfähig und beklagte eine Einflussnahme der ruandischen Regierung zu Lasten der Angeklagten.

Von Judith Kubitscheck (epd)

ENTWICKLUNG

Papst fordert Jugendliche zur Gemeinschaft im Glauben auf

Weltjugendtag in Madrid beendet / Nächstes Treffen 2013 in Rio de Janeiro

AUSLAND

Madrid (epd). Zum Abschluss des Weltjugendtags in Madrid hat Papst Benedikt XVI. die jungen Gläubigen zur Gemeinschaft in der Kirche aufgerufen. Der Glaube an Jesus Christus sei nur in der Gemeinschaft möglich, sagte das 84-jährige Oberhaupt der katholischen Kirche am Sonntag im Abschlussgottesdienst, an dem rund eine Million Menschen teilnahmen. Die Deutsche Bischofskonferenz bezeichnete das Treffen als »begeistertes Glaubensfest«. Der nächste Weltjugendtag der katholischen Kirche findet 2013 in Rio de Janeiro statt.

Der Papst hatte vier Tage lang an dem Treffen der jungen Katholiken aus aller Welt in der spanischen Hauptstadt teilgenommen. In seiner Predigt im Abschlussgottesdienst auf dem Flughafen Cuatro Vientos forderte er die jungen Menschen auf, ihre Glaubenserfahrungen mit anderen Menschen zu teilen, auch wenn sie dabei auf Ablehnung stießen.

Wer den Glauben »entsprechend der in der Gesellschaft vorherrschenden individualistischen Auffassung« zu leben versuche, laufe Gefahr, Christus niemals zu begegnen oder einem Zerrbild von ihm zu folgen, mahnte Benedikt. Beim Angelusgebet gab er die brasilianische Metropole Rio de Janeiro als Veranstaltungsort des nächsten Weltjugendtags bekannt.

Bereits bei seiner Ankunft in Madrid am Donnerstag hatte Benedikt das Jugendtreffen als Botschaft der Hoffnung für eine Welt bezeichnet, in der es nicht an Schwierigkeiten fehle. Er verwies dabei auf Kriege, Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung, die Gefahren der Drogen oder »die Banalität im Umgang mit der Sexualität«, die Jugendlichen Sorgen machten.

16.500 Teilnehmer aus Deutschland

An dem Treffen in Madrid mit Hunderttausenden Besuchern nahmen auch 16.500 Jugendliche und junge



Mit einem Gottesdienst, an dem rund eine Million Menschen teilnahmen, wurde am Sonntag in Madrid der Weltjugendtag beendet.

epd-bild / Cristian Gennari

Menschen sowie 20 Bischöfe aus Deutschland teil, wie die katholische Deutsche Bischofskonferenz in Bonn mitteilte. Die Jugendlichen seien auf der Suche nach einer gerechteren Welt, ihre weltweite Solidarität sei durch das Treffen gestärkt worden, sagte der katholische Jugendbischof Bernhard Haßlberger. Zugleich habe der Spaß der Jugendlichen am Glauben beeindruckt.

Papst Benedikt hatte am Samstagabend auf dem Flughafenfeld eine Andacht abgehalten, die jedoch von einem Unwetter begleitet wurde. Beim Zusammenbruch eines Zeltes wurden sieben Menschen leicht verletzt. Hunderttausende Teilnehmer hatten den ganzen Tag bei Temperaturen von rund 40 Grad ausgeharrt..

Der katholische Weltjugendtag findet im Abstand von zwei bis drei Jahren in wechselnden Städten statt und wird vom Päpstlichen Rat für die Laien und den Bischöfen des jeweiligen Gastgeberlandes organisiert.

Internet: www.wjt.de

Währungsturbulenzen Höhenflug des Schweizer Franken belastet kirchliche Weltbünde

Genf (epd). Der anhaltend starke Schweizer Franken schwächt die großen Kirchenorganisationen mit Sitz in Genf. Nach dem Lutherischen Weltbund klagt auch der Ökumenische Rat der Kirchen über finanzielle Schwierigkeiten auf Grund der Wechselkurse. Der Generalsekretär des Weltkirchenrates, der Norweger Olav Fykse Tveit, rief in einem dem epd vorliegenden Schreiben an die Mitarbeiter zum energischen Sparen auf. Der Weltkirchenrat repräsentiert eigenen Angaben zufolge rund 560 Millionen Christen in mehr als 110 Ländern.

Neben Weltkirchenrat und Lutherischem Weltbund sind auch der Dachverband der Reformierten und die Konferenz Europäischer Kirchen in Genf ansässig. Sie erhalten die Unterstützung ihrer Mitgliedskirchen zum Großteil in europäischen Währungen und US-Dollars, viele Ausgaben müssen jedoch in Schweizer Franken geleistet werden. Tveit äußerte die Hoffnung auf einen angemesseneren Wechselkurs für den zurzeit »überbewerteten Schweizer Franken« in naher Zukunft.

Rund 70 Prozent der Einkünfte des Weltkirchenrates fließen Tveit zufolge in ausländischer Währung. Neuen Schätzungen zufolge könnten infolge der ungünstigen Kurse die Beiträge für die Programme im laufenden Jahr um 7,5 Prozent niedriger ausfallen, als noch im Februar angenommen wurde. Zurzeit gebe es allerdings noch keine Pläne zum Personalabbau. Bereits vor einigen Jahren hatte der Weltkirchenrat mit weit reichenden Reformen und neuen Strukturen auf zurückgehende Finanzmittel reagiert.

Beim Lutherischen Weltbund entspreche der Wechselkursverlust rund einer Million Euro, teilte der Direktor des Büros für Finanzen und Verwaltung, Pauli Rantanen, mit. Dieser Betrag müsse dem bislang erwarteten Haushaltsfehlbetrag von 345.000 Euro hinzugefügt werden. Der Weltbund, der mehr als 70 Millionen Christen in 79

Ländern repräsentiert, muss laut dem Finnen Rantanen jetzt zusätzliche Geldmittel aufbringen oder die Kosten der Genfer Verwaltung reduzieren.

Syrien Deutscher Pfarrer: Assad bietet Minderheiten Schutz

Berlin (epd). Der evangelische Pfarrer Jonas Weiß-Lange hat den syrischen Präsidenten Baschar al-Assad als Schutz für die christliche Minderheit im Land bezeichnet. Assad und seine Familie gehörten selbst der alevitischen Minderheit an, so dass er schaue, welche anderen Minderheiten er mit einbinden könne, sagte der Pfarrer der deutschsprachigen Auslandsgemeinde in Beirut und Damaskus am Donnerstag im Deutschlandradio Kultur. Das habe er bei seinen Reisen von leitenden Geistlichen in Syrien immer wieder gehört.

»Offiziell ist das ein säkulares Land«, sagte Weiß-Lange. »Aber von der Geschichte her, die orientalische Christen in muslimischen Ländern haben, muss es immer jemand sein, der sie beschützt in diesem Land - das Staatsoberhaupt, und das ist in dem Sinne eben in Syrien heute der Präsident.« Deshalb sei trotz aller Kritik der Wunsch da, dass sich daran nicht soviel ändern möge.

Zur Ernennung des griechisch-orthodoxen Christen Daoud Rajha zum neuen Verteidigungsminister in Syrien sagte der Pfarrer: »Das ist insofern nichts Außergewöhnliches, als es ja Christen in hohen Positionen immer wieder gab.« Weiß-Lange sagte weiter, es werde in der Gemeinde, aber auch in Cafés in Syrien heute viel mehr über Politik diskutiert und es sei möglich, politisch ins Gespräch zu kommen. »Das war vor zwei Jahren nicht der Fall.«

Der Pfarrer der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) ist seit September 2009 im Libanon und zugleich für Syrien zuständig. Weiß-Lange betreut Gemeinden in Beirut, Damaskus und in der nordsyrischen Stadt Aleppo.

AUSLAND

Termine

2. - 4.9. Loccum

Gott oder Gesellschaft? Im Spannungsfeld von Theologie und Soziologie. Im September 1971 wurde in Hannover die Pastoralsoziologische Arbeitsstelle (PSA) gegründet mit dem Ziel der sozialwissenschaftlichen Ausleuchtung religiöser Praxis und der Arbeitsfelder der evangelischen Kirche. Die Tagung will zu einer aktuellen Verhältnisbestimmung von Theologie und Soziologie beitragen. Wie gestaltet sich die Kooperation? Welche Distanz(en) und Einsprüche gibt es? In Kooperation mit dem Sozialwissenschaftlichen Institut der EKD.

www.loccum.de

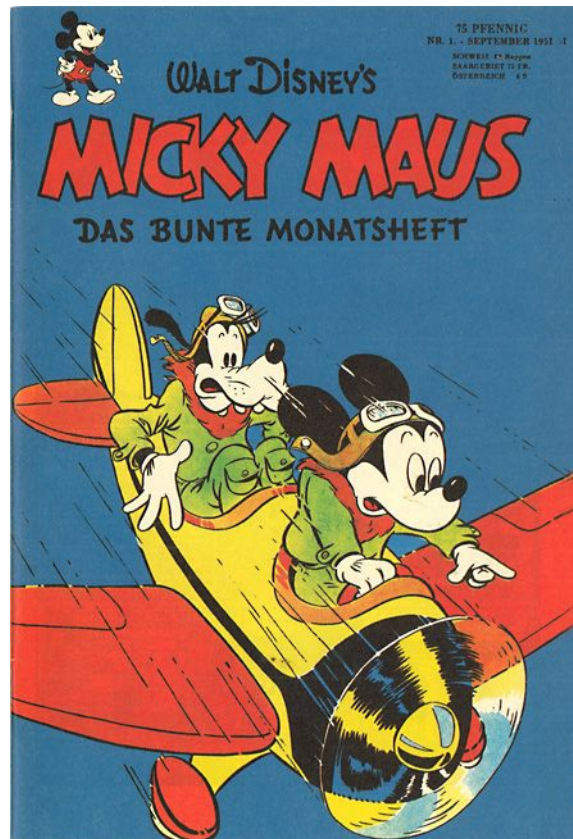
9. - 11.9. Loccum

Wald - mehr als Holz. Nutzungsoptionen und Gestaltung unserer Wälder. Das ökonomische Interesse an Wäldern steigt mit der Nachfrage nach Holz. Ebenso gibt es ein ökologisch-funktionales Interesse an Wäldern: Sie speichern Kohlenstoff, verhindern Erosionen und fördern die Neubildung von nutzbarem Grundwasser. Für den Naturschutz hat die Vielgestaltigkeit natürlicher Wälder einen eigenen Wert. Wälder sind Lebens- und Erholungsraum. Die Ziele konkurrieren miteinander. Wie also sieht eine konsensfähige Waldstrategie zwischen Ökonomie und Naturschutz aus?

www.loccum.de

16. - 18.9. Loccum

Gott als Creative Director. Der Heilige Geist und das Selbstverständnis des Menschen. Er heißt »Tröster«, »Gottesfinger«, »Himmelslicht«. Er wird mit Naturphänomenen wie Feuer und Wind in Verbindung gebracht. Er wird erlebt als göttliche Kraft, die Erneuerung und Erkenntnis bewirkt. Aber wie passen unser Verständnis von Lebenswirklichkeit und die theologische Rede vom



Repro vom Cover des ersten "Micky Maus"-Hefts von September 1951. Vor 60 Jahren, am 29. August 1951, kam das erste Micky-Maus-Heft in deutscher Sprache in die Kioske. Schon in der ersten 32-seitigen Ausgabe tauchen neben Micky auch Donald Duck, dessen Vetter Gustav, Goofy, Daisy, Pluto und Donalds drei Neffen auf. Sie hießen damals allerdings nicht Tick, Trick und Track, sondern Rip, Rap und Rup.

© Disney

Heiligen Geist zusammen? Was ist eigentlich »Geist«? Was heißt »Gott ist Geist«? Und wie verhält sich diese unverfügbare Macht zu den Gegenmächten Materie, Buchstabe, Tradition und Institution?

www.loccum.de

Impressum

HERAUSGABE UND VERLAG:

Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (GEP) gGmbH,
Emil-von-Behring-Straße 3, 60439 Frankfurt
am Main, Geschäftsführer: Jörg Bollmann, AG
Frankfurt HRB 49081, Ust-ID-Nr. DE 114235
916 | **VERLAGSLEITER:** Bert Wegener, |

CHEFREDAKTEUR der epd-Zentralredaktion:
Dr. Thomas Schiller | **epd-WOCHENSPIEGEL:**
Peter Bosse-Brekenfeld (verantwortlich i.S.v. §
55 RVST), Tel.: 069/58098-209, Anzeigen:
m-public Tel.:030/80692090 E-Mail:
anzeigen@m-public.de | **POSTANSCHRIFT:**
Emil-von-Behring-Straße 3
60439 Frankfurt am Main
E-Mail: info@epd.de
Internet: www.epd.de

| **KUNDENSERVICE:** Tel.: 069/58098191,
Fax: 069/58098226, E-Mail:
kundenservice@gep.de |

JAHRESABONNEMENT: 36,00 €.

Erscheint wöchentlich. Der epd Wochenspiegel darf nur mit Zustimmung des Verlags weiterverwertet, gedruckt, gesendet oder elektronisch kopiert und weiterverbreitet werden.